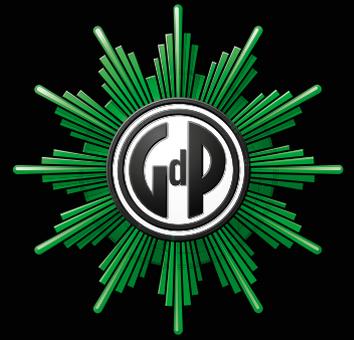


DP

DEUTSCHE POLIZEI

07/20

Das Magazin
der Gewerkschaft
der Polizei



**Linksextremismus
Brutal.
Zynisch.
Arrogant.**

Die PVAG Sach- und Haftpflichtversicherung ist für dich da!



**Gewerkschaft
der Polizei**

PVAG Die Polizeiversicherung der
GdP + SIGNAL IDUNA Gruppe



Der passende Privatschutz für GdP-Mitglieder.

Sicherheit ist dein Beruf. Umso wichtiger, dass deine eigene Absicherung effektiven Schutz bietet. Ob im Einsatz oder in der Freizeit, auf das spezielle Sicherheitskonzept für GdP-Mitglieder kannst du dich verlassen.

Zusätzliche
Leistungen und
5%
Beitragsvorteil
für GdP Mitglieder

GdP und PVAG – Ein starkes Team im Einsatz für Sie. Informieren Sie sich jetzt!

www.gdp.de – Telefon 030 3999210 – gdp-bund-berlin@gdp.de

www.pvag.de – Telefon 0231 1352551 – polizei-info@pvag.de

IN EIGENER SACHE

George Floyd. Der Name des verstorbenen Afroamerikaners ist innerhalb kürzester Zeit um die Welt gegangen. Er verlor sein Leben, weil ein weißer US-Polizist unverhältnismäßige Gewalt anwendete. Gegen einen Schwarzen, mal wieder. Die Kritiker der amerikanischen Polizei sagen, das habe System. Grundsätzlich werde gegen Afro-Amerikaner härter vorgegangen, schneller die Waffe gezückt – und geschossen. Die Bilder von Floyds Todeskampf sind erschütternd. Womöglich fallen daher die Proteste gegen diesen offensichtlichen Rassismus und die überzogene Gewalt so massiv und teils auch gewalttätig aus.

Wie ist vor diesem Hintergrund die Stimmung in den Reihen unserer Polizeibeschäftigten? Wie reagiert eine Polizei, die sich ebensolchen Anschuldigungen und pauschalen Unterstellungen ausgesetzt sieht?

Sie reagiert mit Selbstbewusstsein. Warum auch nicht. Sie weiß, was sie kann. Sie weiß, wofür sie steht. Sie weiß, dass der Großteil der Bevölkerung ihnen vertraut.

Unterdessen ist eine zunehmende aggressivere Grundhaltung im täglichen Umgang mit dem sogenannten polizeilichen Gegenüber kaum zu leugnen. Selbst geringfügigste polizeiliche Maßnahmen werden da teils barsch hinterfragt. Nicht selten kommen noch Personen hinzu, solidarisieren sich mit dem vermeintlichen Opfer, ohne auch nur die geringste Ahnung davon zu haben, worum es überhaupt geht.

Und dann gibt es noch Gruppen, die ihren Hass auf die Polizei regelrecht kultivieren. Um diese Menschen geht es im Schwerpunktthema dieser Ausgabe. Unter dem Deckmantel vermeintlich politischer Parolen, getrieben von einem übersteigerten Selbstwertgefühl und Verachtung für das „System“ wird dann Jagd gemacht – auf die Polizei. Unter dem Strich bleiben Straftäter.

Für die Redaktion
Michael Zielasko

Kommentar

- 2 Pauschalitäten vermeiden – Konstruktiv reflektieren

Titel

- 6 Verstörende Menschenbilder
- 14 Täter als Opfer als Täter

Tarif

- 18 Das Geschwätz von gestern
- 19 Eine Halbzeitbilanz

Hilfreich

- 20 Mitbestimmung in Pandemiezeiten
- 21 Aktiv mit Nadel und Faden
- 22 Das Fristende für die Steuererklärung 2019 naht

Hingeschaut

- 4 Bunt wie die Gesellschaft
- 29 Sportstars im Fokus des Verbrechens
- 33 Sicheres Kreuzfahren
- 38 Gerechtes Stellenkonzept

Hinterfragt

- 24 Kommt die Corona-Katharsis?

Im Gespräch

- 34 „Das Erregungslevel der Gesellschaft steigt“

Innenleben

- 36 70 Jahre GdP

Termin

- 20 Mit dem Bike gemeinsam ins Grüne

Soziale Medien

- 5 Was das Netz bewegt

Nachruf

- 40 Mitbegründer und einziger Vorsitzender der Gewerkschaft der Volkspolizei verstorben

Forum

- 39 Lesermeinung
- 40 Impressum

IN DIESER AUSGABE

Fußball geht immer, oder? Auch in leeren Stadien? Na klar. Und die Fans? Egal, notfalls drapiert man mit Pappfiguren das leere Rund. Und sonst? Kamera an, keine Stimmung, aber die Kohle stimmt.

TARIFRUNDE

GdP-Vize René Klemmer und die Bundestarifkommission der Gewerkschaft der Polizei haben in diesem Jahr noch einen wichtigen Termin: die Tarifrunde 2020 für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen. Unter den – auch wirtschaftlichen – Eindrücken der Pandemiezeiten sehen die Gewerkschaften die Verhandlungsrunde als wichtigen Gradmesser für die Wertschätzung ihrer Arbeit. Klemmer: „Was hat eigentlich der öffentliche Dienst (öD) in diesen Zeiten gemacht? Er hat funktioniert!“ Also: Kopf einziehen und wegducken: Nein!



DEBATTE UM POLIZEIGEWALT UND RASSISMUS

Pauschalitäten vermeiden – Konstruktiv reflektieren

Dietmar Schilff

Stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender

Ende Mai starb der schwarze US-Amerikaner George Floyd bei einer Festnahme durch Einsatzkräfte in Minneapolis im US-Bundesstaat Minnesota. Ein Polizist hatte fast neun Minuten in Floyds Nacken gekniet. Die verzweifelten Signale des Festgenommenen, er könne nicht atmen, ignorierte der Polizist. Die Todesnachricht des Afroamerikaners verbreitete sich rasant über Onlineportale und soziale Medien. Die Empörung über Polizeigewalt ebenso. Bis nach Europa und Deutschland.

Auch ich finde die Tat schockierend und zudem irritierend, wie US-Präsident Donald Trump die amerikanische Gesellschaft durch seine Äußerungen und sein Gehabe spaltet.

Corona-bedingte Einschränkungen außer Acht lassend versammelten sich seit Anfang Juni bundesweit Zehntausende Menschen, um der „Black-Lives-Matter“-Bewe-

gung ihre Unterstützung zu signalisieren sowie gegen Rassismus und Polizeigewalt zu demonstrieren. Trotz überwiegend friedlicher Kundgebungen kam es am Rande aber auch wieder zu teils massiven Angriffen auf die Polizei.

Hass auf den Staat

Wir verurteilen diese Gewalt scharf. Die Täter instrumentalisieren die Versammlungen für ihren Hass auf den Staat und die Polizei. Es ist heuchlerisch, die grundsätzlich guten Absichten der Demonstrierenden ad absurdum zu führen. Dabei ist den Feinden unseres Rechtsstaates völlig egal, wofür oder wogegen protestiert wird? Für diese Gruppierungen scheint es nur darum zu gehen, Einsatzkräfte zu attackieren. Dabei nehmen sie teils lebensgefährliche Verletzungen bei

Polizistinnen und Polizisten sowie bei Unbeteiligten vorsätzlich in Kauf.

Die Angreifer rufen „Feuer und Flamme für diesen Staat“ oder „Deutsche Polizisten – Mörder und Faschisten“, zünden Autos an und werfen Steine sowie Molotow-Cocktails auf die Einsatzkräfte und greifen auch Gewerkschaftshäuser oder deren Fahrzeuge an. Sie stehen eindeutig außerhalb unserer Gesellschaft und müssen für ihr Handeln hart bestraft werden. Wer diese Gewalttäter in Schutz nimmt, ihrem Handeln Verständnis entgegenbringt oder mit ihnen gemeinsame Sache macht, steht selbst im Abseits.

Eine aufgeklärte, solidarische Gesellschaft muss sich auf den Weg machen, Rassismus konsequent und dauerhaft zu ächten, nicht nur bei großen Demonstrationen nach gravierenden Vorfällen – vielmehr rund um die Uhr, um Alltagsrassismus auf der Straße, in öffentlichen Verkehrsmitteln, in Kneipen, auf der Arbeit, in Vereinen zu bannen.

Nur eine sachliche und konstruktive Debatte im Miteinander über vermeintliche Ursachen oder mutmaßliche Entwicklungen kann zielführend sein. Es ist daher richtig, die politische Auseinandersetzung über Rassismus, Polizeigewalt und das Regierungshandeln in den USA auch auf unseren Straßen zu thematisieren. Es gibt jedoch keinen Anlass, einen Zusammenhang mit den Vorfällen in den USA und dem Agieren unserer Kolleginnen und Kollegen herbeizureden.

Umfassend aus- und fortgebildete Kolleginnen und Kollegen

Was genau ist gemeint, wenn unserer Polizei Rassismus struktureller, institutioneller oder latenter Ausprägung vorgeworfen wird? Etwa eine vorsätzlich darauf ausgerichtete Aus- und Fortbildung? Oder dass die Polizeiorganisation bei rechten, rassistischen und diskriminierenden Einstellungen von Beschäftigten nur zusieht? Ist die Polizei „auf dem rechten Auge blind“? Das alles weisen wir deutlich zurück.

Mit gutem Grund: Wir haben sehr gut und umfassend aus- und fortgebildete Kolleginnen und Kollegen der Straße, die den Polizeiberuf zudem als Berufung ansehen. Die Polizei macht interkulturellen Unterricht und Trainings zu diesem Thema. Es arbeiten zunehmend Kolleginnen und Kol-

legen mit einer Migrationsgeschichte in der Polizei. Und alle haben einen Eid auf unsere Verfassung abgelegt. Das sind Menschen, die ein solides Demokratiebewusstsein entwickelt und die Prinzipien des Rechtsstaates verinnerlicht haben.

Genauso schaffen wir es, eine bürger-nahe Polizei zu sein, die seit Jahren in der Vertrauenskala bei den Bürgerinnen und Bürgern ganz oben steht. Unsere Polizei ist in der Gesellschaft fest verankert, ihre Beschäftigten sind Teil der Gesellschaft!

Kritiker stellen Polizei in die rassistische Ecke

Niemand sollte aber verschweigen, dass es Fälle gibt, in denen Polizeibeschäftigte unverhältnismäßig handeln oder sich so äußern. Leider. Die Haltung der GdP ist in solchen Fällen klar: Nach einem geordneten Verfahren erfolgen Konsequenzen, wenn nötig juristische, und das geschieht auch. Doch der Polizei und ihren Beschäftigten eine rassistische Grundhaltung vorzuhalten, ist abwegig, trägt populistische Züge und wird den über 300.000 Polizeibeschäftigten und ihrer schwierigen Arbeit nicht gerecht. Solche Vorwürfe sind verletzend und zeigen letztlich, dass diese Ruferinnen und Rufer von dem, was die Polizei ist, von ihren Menschen, ihrer Arbeit, ihrer Denke, ihren Ängsten und ihren Gefühle viel zu wenig wissen. Oder: Sie stellen die Polizei in die rassistische Ecke, um sie bewusst zu diskreditieren.

Manche und mancher meint, dass eine unabhängige Kontrollinstanz „die Lösung“ für die Polizei sei. Aber für welches Problem denn genau? Zudem ist in unserer bewährten Gewaltenteilung kein Platz für eine vom Grundgesetz nicht gedeckte Schattenjustiz. Und auch der Ruf nach sogenannten Polizeibeauftragten wird nicht so weit führen, wie Befürworter glauben. Die Möglichkeiten für Clearingstellen sind begrenzt und liegen allenfalls in der Vermittlung zwischen Bürgern und Polizei. Am Ende ist doch die Justiz am Zug. Was auch richtig ist. Denn die notwendige Kontrolle wird durch den Gesetzgeber, die Staatsanwaltschaften und Gerichte gewährleistet. Das ist das Prinzip unserer Rechtsstaatlichkeit.

Die Polizei kommt dem mit regelmäßiger Selbstreflexion sogar entgegen und passt die

Aus- und Fortbildung fortlaufend an. Die Studiengänge werden im Übrigen von unabhängiger Seite begutachtet und bewertet und erst nach einem hochschulrechtlichen Verfahren akkreditiert. Das macht die Polizei nicht selbst, sondern verschiedene Experten unterschiedlichster Richtungen.

Wir als die mit Abstand größte Interessenvertretung der Polizeibeschäftigten sind es, die seit 70 Jahren positive Veränderungen in der Polizei einfordern und mitgestalten. Diejenigen, die der GdP vorwerfen, dass wir jegliche Kritik zurückweisen oder uns mit den bestehenden Problemen nicht befassen, verweise ich auf die Beschlüsse des GdP-Bundeskongresses 2018 in Berlin. Dann sollte auch den letzten Verdachtschöpfern klar sein, dass die GdP vielmehr eine intensive Auseinandersetzung mit Problemen sucht als sie zu vermeiden. Und das ist gut so!

Offener Meinungs-austausch mit Esken

Mit einer der Stimmen, die die Diskussion entfacht haben, konnte ich mich in meiner Funktion als stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender zeitnah auseinandersetzen. Nachdem ich der SPD-Bundesvorsitzenden Saskia Esken in einem Brief im Namen der GdP dargestellt hatte, dass sie mit ihren Äußerungen über einen latenten Rassismus in den Reihen der Polizei weit über das Ziel hinaus geschossen sei, wurde ich von ihr sowie dem niedersächsischen Innenminister Boris Pistorius eingeladen, Mitte Juni bei einem Besuch der Polizeiakademie Niedersachsen in Nienburg dabei zu sein. Ich nutzte das Treffen mit Esken zu einem offenen Meinungs-austausch.

Trotz der Zeitbegrenzung erhielt die Politikerin zuvor einen – wenn auch sehr kleinen – Einblick in das Studium der Polizei-anwärterinnen und -anwärter. Insbesondere war aber der Austausch mit den Studierenden und dem Lehrpersonal ausgesprochen wichtig. Sie übermittelten ihr eindrucksvoll wie kompetent, dass der ihrerseits geäußerte Vorwurf nicht zutreffend sei und bekräftigten damit ihre positive und frei von rassistischen Vorurteilen befindliche Einstellung zu ihrem Beruf.

Die SPD-Co-Vorsitzende nahm auf der abschließenden Pressekonferenz in Nienburg

ihren in der Öffentlichkeit massiv diskutierten Standpunkt weder zurück noch entschuldigte sie sich bei der Polizei. Esken äußerte, dass aus ihrer Sicht ihre Einlassung nicht ausreichend dargestellt wurde. Sie hätte sich viel differenzierter geäußert. Die Politikerin betonte, dass sie nicht die Absicht gehabt hätte, sich gegen die Polizei zu positionieren. Deren Arbeit bezeichnete sie in Gänze als hervorragend. Dennoch müsse man sich mit Fällen von Diskriminierung, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus oder rechten Netzwerken in der Polizei weiterhin intensiv befassen. Ihr täte es jedoch sehr leid, dass sich Polizeibeschäftigte durch ihre Äußerungen verletzt gefühlt haben.

Esken's Auffassung spiegelt keineswegs die Meinung der gesamten SPD wider. Nahezu alle innenpolitischen Politikerinnen und Politiker – auch parteiübergreifend alle Innenminister und -senatoren – haben, wie die GdP, ihre Position zurückgewiesen und sich vor die Polizei gestellt. Es macht jedoch einen Unterschied, wenn Esken als SPD-Bundesvorsitzende solcherlei Auffassungen öffentlich „heraushaut“ – wie schon Anfang des Jahres nach den Ausschreitungen in der Silvesternacht in Leipzig-Connewitz. Zuvor muss sie jemand „einfangen“ und sie beraten.

Übrigens stellen auch Mitglieder anderer Parteien die Polizei pauschal in die Ecke – teils sehr populistisch. Geht es vermeintlich um „Stimmenfang“? Dies jedoch vor dem Hintergrund, das in Umfragen regelmäßig 80 Prozent der Befragten ihrer Polizei vertrauen. Auf welche Vertrauenswerte kommt eigentlich die Politik?

Die GdP jedenfalls bietet weiterhin jeder demokratischen Partei und ihren Politikerinnen und Politikern offene und engagierte Gespräche über Themenkomplexe wie Rassismus, Diskriminierung, Antisemitismus, Geschichtsklitterung, Ausländerfeindlichkeit, Homophobie, Ausgrenzung, Gewalt oder Extremismus an. Das Reden im Miteinander ist doch viel gehaltvoller als das Reden übereinander.



Hingeschaut

MENSCHEN IN DER POLIZEI

Bunt wie die Gesellschaft

Die Polizei wirbt um Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund. Denn diese bringen nicht nur sprachliche und interkulturelle Kompetenzen mit, sondern lassen auch die Polizei den Gesellschaftsstrukturen hierzulande ähnlicher werden.

Thomas Gesterkamp

Nawid Faalnazari arbeitet in der Polizeiwache Köln-Nippes. Das Viertel nördlich der Innenstadt, nicht allzu weit entfernt von den Standorten großer industrieller Arbeitgeber, ist schon seit Jahrzehnten von Einwanderung geprägt. Auf der Einkaufsmeile Neusser Straße finden sich die unterschiedlichsten Konsumangebote. Auf die traditionelle Kölschkneipe folgt das angesagte Szenecafe, dem Thai-Imbiss gegenüber liegt ein beliebtes marokkanisches Restaurant. Auch in der einige hundert Meter entfernten örtlichen Polizeidienststelle spiegelt sich diese bunte Mischung. „Zu Beginn war ich einer von ganz wenigen Anwärtern ohne deutsche Wurzeln“, erinnert sich Faalnazari, dessen iranische Eltern nach dem Sturz des Schahs Ende der 1970er-Jahre nach Deutschland auswanderten. „Das hat sich über die Jahre verändert, die Polizei ist heute durchmischer, genau wie die Gesellschaft.“

Vor zehn Jahren hatte die nordrhein-westfälische Landesregierung eine Initiative gestartet, die mehr Migrantinnen und Migranten auf Arbeitsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst aufmerksam machen wollte. Nur knapp sechs Prozent der neu eingestellten Polizeibeamtinnen und -beamten hatten damals im bevölkerungsreichsten

Bundesland einen Migrationshintergrund, seit 2010 ist der Anteil auf mehr als das Doppelte gestiegen. „Eine erfreuliche Entwicklung“, lobt Victor Ocansey, der im westafrikanischen Ghana geboren wurde und heute Sprecher des Landesamts für Ausbildung der NRW-Polizei ist. Er findet es wichtig, dass auch die öffentlichen Sicherheitsbehörden „die gesellschaftliche Vielfalt widerspiegeln“.

Starke regionale Unterschiede

Das Bemühen um die ethnische Diversifizierung im Bereich der Polizei begann schon vor der Jahrtausendwende. 1993 forderte ein Beschluss der Innenministerkonferenz, dass auch Bürgern aus Nicht-EU-Ländern ermöglicht werden sollte, als Polizistin oder Polizist verbeamtet zu werden. Dieses Anliegen wurde mittlerweile umgesetzt, die regionalen Unterschiede zwischen den Bundesländern sind aber erheblich. In den Einstellungsrounden der letzten Jahre hatte zum Beispiel in Berlin bereits ein Drittel der Anwärterinnen und Anwärter einen Migrationshintergrund. Das Land Hessen organisierte einst eine Werbeaktion gemeinsam

mit der auflagenstarken türkischen Tageszeitung „Hürriyet“, die allein in Deutschland rund 70.000 Exemplare verkauft. Verlässliche Sicherheit sei „besser leistbar, wenn die Polizisten sich im entsprechenden Milieu auskennen“, betonte der damalige Innenminister und heutige CDU-Ministerpräsident Volker Bouffier.

Ziel der Medienkooperation war es vor allem, die Eltern potenzieller Nachwuchsbeamtinnen und -beamten in ihrer Herkunftssprache anzusprechen und sie zu überzeugen, dass der Dienst bei der Polizei hierzulande ein angesehener Beruf ist. Die Kampagne, die in ähnlicher Form zuvor auch im Stadtstaat Hamburg durchgeführt wurde, zeigte Wirkung: In Hessen beträgt der Anteil der nicht-biodeutschen Polizistinnen und Polizisten mittlerweile 18 Prozent – das ist der zweithöchste Wert bundesweit. Bei teils deutlich unter zehn Prozent hingegen liegen Schleswig-Holstein und die ostdeutschen Länder – allerdings ist hier der Migrationsanteil an der Gesamtbevölkerung erheblich niedriger.

Kein Sonderstatus

Die besonders großen Erfolge der polizeilichen Rekrutierungspolitik in Berlin sind umstritten. Denn in der Hauptstadt wurden nicht nur verstärkt Werbemaßnahmen ergriffen, sondern die Einstellungsbedingungen abgesenkt. Sogenannte interkulturelle Kompetenztests gewichteten die auszubildenden Stellen höher als die obligatorische Rechtschreibprüfung, an der viele Bewerberinnen und Bewerber mit ausländischen Wurzeln scheitern. Begründet wurde die Änderung der Auswahlkriterien mit dem Wert von Fremdsprachen wie Türkisch oder Arabisch, die bei Einsätzen in migrantisch geprägten Quartieren äußerst hilfreich seien. Wer sich für die Polizeiausbildung interessiere, brauche nicht unbedingt perfekte Deutschkenntnisse, lautet das Argument der zuständigen Stellen. Mit ähnlichen Äußerungen war kürzlich Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann auf erheblichen Widerspruch gestoßen. Der frühere Gymnasiallehrer hatte für „Entspannung“ in der Rechtschreibdebatte plädiert, kleine sprachliche Mängel hält er für kein Problem, dafür gebe es ja inzwischen elektronische Korrekturprogram-

Soziale Medien



Besucht uns im Netz

-  GdP.de
-  gdp.bund
-  @gdppresse
-  gdp.de

me. Die Absenkung von Lernstandards kritisch sieht der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow, der immer wieder vor einer „Aufweichung“ der Anforderungen in den Bewerbungsverfahren gewarnt hat.

Auf Farsi

In Nordrhein-Westfalen gebe es für Beamte mit Migrationshintergrund keinen Sonderstatus, weder bei den Auswahltests noch später im Dienst, betont Ausbilder Ocansey. Polizist Faalnazari erlebt bei seiner täglichen Arbeit im Kölner Multikulti-Stadtteil Nippes zahlreiche Situationen, in denen ihm seine Herkunft hilft. „Es gibt einfach Bereiche, da ist es für mich als augenscheinlichem Ausländer einfacher zu ermitteln“, sagt der rheinische Beamte mit persischer Zuwanderungsgeschichte. Wegen seiner schwarzen Haare und dem dunklen Teint fällt er in heiklen Einsätzen schon äußerlich weniger auf als manche seiner biodeutschen Kollegen. Zudem laufen gegen die Polizei gerichtete Rassismus-Vorwürfe bei ihm ins Leere: „Wenn ich bei Kontrollen oder Festnahmen als Nazi beschimpft werde und dann auf Farsi antworte, sind die Leute überrascht und werden meist schnell kleinlaut.“

„Wer sich für die Polizeiausbildung interessiere, brauche nicht unbedingt perfekte Deutschkenntnisse, lautet das Argument der zuständigen Stellen.“



#unsereGdP

200 Polizeibeschäftigte werden täglich Opfer von Gewalt. Das geht aus einer Statistik des BKA hervor. GdP-Vize Jörg Radek bringt es auf den Punkt: „Es reicht. Das Maß ist übertoll.“

Ente gut, alles gut.

Die gelben Kollegen der BAO Bürzel haben endlich Namen. Wir stellen vor: Boje, Harry und Ida.



Was das Netz bewegt...



#aufeinwort

Als Gewerkschaft präsentieren wir uns auch in den sozialen Medien und treten mit Mitgliedern in Kontakt. Die bewegtesten Inhalte stellen wir hier vor. Ausgewählte Kommentare darauf bilden wir anonym ab. „Latenter Rassismus“, steigende Gewalt: Der Ton ist rauer geworden. Derzeit sammeln sich hunderte polizeifeindlicher Kommentare unter unseren Beiträgen. Wie begegnet man diesen beleidigenden und mitunter gewaltverherrlichenden Reaktionen? Mit Humor! Über 700 Menschen gefällt das, über 1.000 von ihnen haben den Beitrag geteilt.



Und dafür Danke!!! Ihr macht einen richtig guten Job, Hört niemals damit auf!!!! [..]



Die Schreihäse sind solange so laut bis sie euch brauchen und sind dann froh, wenn ihr für sie da seid!



Nicht zu laut heulen! Sorgt lieber für Ordnung in Euren Reihen, dann bekommt ihr den Respekt, der euch [...]gebührt.



#malebenkurzwasanderes voll der unnötige Beitrag

Titel

LINKSEXTREMISMUS: DIE ERBEN DER RAF

Verstörende Menschenbilder

Leipzig-Connewitz: Pflastersteine gegen die Polizei.

Die Rote Armee Fraktion (RAF) ist Geschichte. Ihre Gründung jährte sich im Mai zum 50. Mal. Doch ist das Kapitel wirklich überwunden? Ein Blick nach Leipzig oder Berlin sowie zu diversen Anlässen zeigt: Nein. Ihre Ideologie lebt weiter. „Nur wollen wir das nicht wahrhaben“, betont DP-Autorin Prof. Dr. Dorothee Dienstbühl. Sie plädiert dafür, linksextremistischen Gruppen konsequent Grenzen aufzuzeigen.



Prof. Dr. Dorothee Dienstbühl

In der ZDF-Sendung „AktENZEICHEN XY... ungelöst“ wurde Mitte April der Anschlag auf eine Polizeiwache in Berlin gezeigt. Unbekannte hatten am 26. Februar 2019 in einem zuvor geklauten Postzustellwagen die darin befindlichen Zeitungspakete mit 60 Litern Benzin übergossen. Das Fahrzeug war dann direkt vor dem Haupteingang des Polizeigebäudes in der Invalidenstraße in Mitte angezündet worden. Binnen Sekunden brannte der kleine Wagen lichterloh – mit Temperaturen von rund 1.000 Grad Celsius.

Das Feuer griff auf das Foyer des Gebäudes über. Dabei entwickelten sich toxische, lebensgefährliche Gase. Der Anschlag ereignete sich zwischen zwei und vier Uhr morgens. Die Wache war zu diesem Zeitpunkt besetzt, was auch an beleuchteten Räumen zu erkennen war. Die Polizisten hatten Glück. Wer immer diesen Anschlag ausgeführt hat, der Schaden von Menschen und möglicherweise auch deren Tod wurde billigend in Kauf genommen.

„Aktionen“, die töten können

Auf der Online-Plattform „indymedia.org“ tauchte ein entsprechendes Bekenner schreiben auf, dessen Tenor auf eine linksextremistische Tat schließen ließ. Dieser Anschlag hätte prinzipiell einen bundesweiten Aufschrei verursachen müssen, jedoch

wäre die Tat ohne die Ausstrahlung in der populären Fahndungssendung gar nicht erst bekannt geworden. In der Presse hinterließ der Angriff jedenfalls kein Echo. Und auch nach der Sendung hielten sich Bestürzung und Betroffenheit in Grenzen.

In der von der Pandemie geprägten Zeit zeigen sich Linksextremisten gefährlich aktiv: In Stuttgart gingen Mitte Mai Tausende auf den Cannstatter Wasen gegen die Corona-Maßnahmen der Politik auf die Straße. Die Protestierenden sind ein Mix aus Menschen, die schlichtweg Angst um ihre Existenz haben, Verschwörungsgläubigen und Sympathisanten des rechten wie linken Spektrums. Es gab bereits mehrere Demonstrationen in der baden-württembergischen Hauptstadt: An diesem Tag kam es rund um die Demonstration zu Übergriffen auf Teilnehmende, wie sie Stuttgart noch nicht erlebt hatte. Am Ende des Tages schwebte ein 54-jähriger Mann in Lebensgefahr. Viele weitere waren verletzt, Fahrzeuge brannten, Autoreifen waren zerstochen. Der Sachschaden geht in die Zehntausende.

Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) ordnet die Tat dem linksextremen Spektrum zu. Seit Jahren beobachtet es ein Anwachsen – und fürchtet weitere Gewalteskalationen. Trotz eines Mannes, der um sein Leben kämpfen musste, verblieb der Schrecken auf der lokalen Ebene. Die überregionale Presse arbeitete auch hier die Hintergründe nicht weiter auf.

„Brandanschläge auf Polizeiwachen und Fahrzeuge sowie Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte, gegen die Presse, gegen Demonstrierende – ist das Antifaschismus?“



Wohnungsdurchsuchungen in Leipzig-Connewitz: Mehrere Hundert Menschen protestierten Mitte Juni gegen die Polizeimaßnahmen.

„Sie sind mit Totschlägern auf das Team los.“

Anders verhielt es sich mit den Angriffen auf ein Kamerateam der satirischen ZDF-„heute Show“ am 1. Mai in Berlin: 15 Personen gingen – teils gefährlich bewaffnet – auf das Team los. Der Satiriker Abdelkarim wurde von dem Angriff überrascht: „So etwas habe ich noch nie erlebt, so feige, brutal und asozial.“ Der Geschäftsführer der beteiligten Produktionsfirma fasst die Tat so zusammen: „Sie sind mit Totschlägern auf das Team los. Unserem Tonassistenten wurde ins Gesicht getreten – mit einer Brutalität, mit der man in Kauf genommen hat, dass es ein Mensch nicht überlebt.“ Die Polizei wertet die Angriffe als linksextremistisch motiviert. Da es die Presse war, die dieses Mal angegriffen wurde, gab es im Gegensatz zum Berliner Brandanschlag im Februar 2019 ein massives Echo. Mittlerweile ist es schon wieder relativ ruhig geworden. Warum eigentlich?

„Antifaschismus“ als Relativierung und Waffe

Brandanschläge auf Polizeiwachen und Fahrzeuge sowie Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte, die Presse, Demonstrierende – ist das Antifaschismus? Bereits hier offenbart sich das erste Problem: Der Begriff des Faschismus ist schwammig. In unzähligen Definitionsansätzen erläutert, bezeichnet er eine diktatorische Herrschaftsform, die, bezogen auf Mussolini, nationalistisch und von gewaltbejahenden Exklusionsgedanken geprägt ist. Somit bedeutet Antifaschismus – nicht weniger weit gefasst – sich gegen jede Erscheinungsform von Faschismus zu wenden. Der Erziehungswissenschaftler Peter Dudek deutet den Terminus als politisch-strategischen Begriff, als „prinzipiellen Gegensatz zu jeder Form faschistischer und rechtsextremistischer Politik und Ideologie.“ Der Politikwissenschaftler Armin Pfahl-Traugber sieht somit im Begriff

des Antifaschismus einen generell „positiv besetzten Terminus“. Das heißt: Mit dieser Selbstbezeichnung gehe in demokratischen Gesellschaften eine anerkennende und wohlwollende Wahrnehmung einher. Im historischen Kontext wird in Italien und Spanien Antifaschismus als „Ausdruck der Ablehnung einer autoritären Diktatur, die im angeblichen Namen von Nation und Volk Grundrechte aufhob und Oppositionelle verfolgte“ verstanden.

Vor diesem Hintergrund der Ablehnung rechtsextremer Politik, autoritärer Diktatur und der willkürlichen Verfolgung von Oppositionellen wäre jeder überzeugte Demokrat ein Antifaschist. Denn die Demokratie (aus „demos“ für Volk und „krates“ für herrschen) ist die Bezeichnung für eine politische Ordnung, in der sich die Herrschaft auf den Willen des Volkes beruft und die Regierenden dem Volk rechenschaftspflichtig sind. Allerdings sind die selbstbezeichneten Antifaschisten, die das Mittel der Gewalt nicht nur legitimieren, sondern auch praktizieren, regelmäßig kei-

ne Demokraten. Und wenn keiner genau und präzise definieren kann, was Antifaschismus ist, dann eignet sich die Eigenbezeichnung nicht als Rechtfertigung für Gewalttaten auf die Polizei eines demokratischen Staates. Sie nennen sich zwar Antifaschisten, sind jedoch lediglich Kriminelle.

Anonyme Gewalt

Wer einen Blick auf die Qualität der Gewalttaten, die von diesen Gruppen ausgeht, wirft, erkennt geplante Attacken aus dem Hinterhalt – mit gleichzeitiger Herstellung der Wafengleichheit und im Schutz der Anonymität. Das macht ihre Taten nicht nur kriminell, sondern vor allem auch feige und verachtenswert. Dennoch maßen sich ausgerechnet diese Gruppierungen permanent an, bei jeder sich bietenden Gelegenheit vermeintliche Polizeigewalt anzuprangern, und stellen per se den Rechtsstaat in Frage. Sie monieren allgegenwärtigen Rassismus. Dabei sind es diejenigen, deren Menschenbild nur wenig Humanistisches in sich birgt. Doch gerade dieses Eigenverständnis ist ihre größte Waffe: Ihre Taten werden in der öffentlichen Bewertung auf „Aktionen“ und als „geballte Unvernunft“ und dergleichen reduziert. Dabei sind es Anschläge mit terroristischem Potenzial, die Menschen teils schwerstens gefährden. Mit dem selbst verliehenen Siegel des Antifaschismus gehen die „Aktivisten“ aber noch weiter: Sie denunzieren Menschen, Institutionen und nicht zuletzt: den deutschen Staat.

Befremdlich, überheblich

Noch heute genießen die Schriften der Terroristinnen der Rote-Armee-Fraktion (RAF), Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin, im linksextremen Spektrum Lehrcharakter. Noch immer wird Meinhofs niedergelegte Betrachtung zu Polizeibeamten in entsprechenden Kreisen gefeiert: „Wir sagen natürlich, die Bullen sind Schweine. Wir sagen, der Typ in Uniform ist ein Schwein, kein Mensch. Und so haben wir uns mit ihnen auseinanderzusetzen. Das heißt, wir haben nicht mit ihm zu reden, und es ist falsch, überhaupt mit diesen Leuten zu reden. Und natürlich kann geschossen werden.“

Ideologen bestimmen darüber, wer ein Mensch ist, mit wem man reden und wer er

„Kein Extremismus ist besser oder richtiger, als ein anderer. Es geht nicht darum, eine politisch lebendige Landschaft, die auch nach links und rechts bis zum Radikalen gehen darf, zum Verstummen zu bringen. Allerspätestens aber muss dann eine Grenze gezogen werden, wenn Gewalt die Diskussion ersetzt. Und wenn Menschenleben in Kauf genommene Nebenschäden sind.

schossen werden darf. Dies entlarvt zum einen die entgrenzte Überheblichkeit von Extremisten und Terroristen. Sie sind davon überzeugt, darüber befinden zu dürfen, wer was ist, wer was darf oder eben nicht, letztlich auch über das Recht, leben zu dürfen. Eine Sicht auf das Menschsein wird offenbart, das uns in der deutschen Geschichte nicht zum ersten Mal begegnet ist. Denn tatsächlich macht sich der Linksextremismus hier mit seinem klassischen Antagonisten, dem Rechtsextremismus, jedoch auch dem Islamismus und jeglichen Formen extremistischer Ansichten gemein.

Wie antifaschistisch sind nun also Antifa, Autonome, der Schwarze Block und weitere gewalttätige Kollektive und Aktionsbündnisse tatsächlich? Oder andersherum gefragt: Wie viel Faschismus steckt in ihnen und ihrem Menschenbild? Diese Frage hat die Journalistin Jillian Becker bereits Ende der 1970er-Jahre in ihrem Buch „Hitlers Children?“ aufgeworfen. So kritisch der Diskurs um Beckers These im Endeffekt war, so sehr

zwang sie dazu, sich mit den Gemeinsamkeiten und Unterschieden von Rechts- und Linksextremisten zu befassen – insbesondere mit deren Absolutheitsanspruch, deren Mitteln und Methoden sowie nicht zuletzt deren Menschenbildern. In der vergleichenden Betrachtung treten einige Ähnlichkeiten zutage. Die unterschiedlichen Strömungen des Rechtsextremismus zeichnen sich unter anderem dadurch aus, dass sie öffentlichen Raum erobern und nach ihrem Weltbild gestalten wollen. Damit sind sie mit dem Linksextremismus vergleichbar. Doch sind die Beweggründe im Linksextremismus tatsächlich weit weniger im Eroberungswillen verhaftet und schon gar nicht auf die Befürwortung einer Rechts-Diktatur und dem Führerkult begründet, sondern sie resultieren nicht selten aus einem guten Willen und einer regelrecht herablassenden Naivität.

Gestatten: Elite

Ein Blick in die linksextremen Szenen zeigt, dass sie besonders junge Menschen anziehen, die sich im Studium befinden. Typische Studentenstädte sind von ihr geprägt, vor allem das Leben am und rund um den Campus. Keine Frage: Während des Studiums ein wenig den verummumten Revoluzzer zu spielen und sich beim Brandschatzen, Pöbeln und Steineschmeißen durch Weglaufen vor den Polizeihundertschaften fit zu halten, hat seinen Reiz. Als Volldemonstrant lässt sich das Studium dabei problemlos etwas länger gestalten, schließlich geht es um einen guten Zweck. Zudem kommen die selbsternannten Vertreter des Proletariats, das sie jedoch – quasi zwangsläufig – nicht wirklich kennen, aus einem akademischen und nicht selten „gutbürgerlichen“ Elternhaus. Auch dies ist eine Parallele zur RAF.

Der Journalist und langjährige Redakteur der Wochenzeitung „Die Zeit“, Karl-Heinz Janßen, sah im Linksterrorismus der 1970er-Jahre ein „Symptom der materiellen Selbstzufriedenheit“ und bezeichnete Linksterroristen als „entlaufene Wohlstandskinder“. Somit haben sowohl die RAF als auch heutige Linksextremisten mit dem Proletariat im Sinne einer ausgebeuteten Arbeiterschaft so viel gemein wie eine Werkstatt gepflegte Luxuskarosse mit der guten alten Rostlaube, die um die neue TÜV-Plakette bangen muss.

„Ihre Taten werden in der öffentlichen Bewertung auf „Aktionen“ und als „geballte Unvernunft“ und dergleichen reduziert. Dabei sind es Anschläge mit terroristischem Potenzial, die Menschen teils schwerstens gefährden.“



Foto: Peter Engel/dpa

Seit Jahren ein Schwerpunkt linker Gewalt, ein Beispiel: Anfang Januar 2015 hatten rund 50 Maskierte den Polizeiposten im Leipziger Stadtteil Connewitz unter anderem mit Pflastersteinen und Farbbeuteln angegriffen.

Um Logik und echte Nöte geht es dabei aber auch nicht. Ein wenig Robin-Hood-Attitüde macht das vernüftliche Zerstören des Eigentums anderer zu einer regelrechten Heldentat. Und falls man doch einmal in den Fängen der Polizei landet, können sich die Interimsrevoluzzer auf den Support der „Roten Hilfe“, die in Broschüren schon im Vorfeld juristisch wertvolle Tipps zum Herauswinden aus misslichen Polizeilagen gibt, verlassen. Und zur Not hilft der von Papi gesponserte Anwalt.

Wenn dann das Studium irgendwann abgeschlossen und der Wunsch nach Eigentum und Status größer ist, als der Hang mit Sturmmasken durch Berlin, Leipzig oder Hamburg zu rennen, dann wird der schwarze Hoodie abgelegt und gegen ein gebügeltes und gestärktes Hemd eingetauscht. Die meisten derer werden irgendwann erwachsen und treten ihren persönlichen „Marsch durch die Institutionen“ an. Entsprechend kann sich der Staat Aussteigerprogramme aus dem Linksextremismus geflissentlich

sparen, sie wären lediglich Geldverschwendung.

Aber macht dieser Aspekt Linksextremismus zu etwas minder Schlimmen? Sind Gewalt und mutwillige Zerstörung aufgrund temporärer jugendlich-naiven Geltungssucht derart zu verniedlichen? Vielleicht sollte man die Opfer linker Gewalt hierzu befragen? Dabei handelt es sich übrigens keineswegs automatisch um „Rechte“, es handelt sich sehr häufig um Polizeibeamtinnen und -beamte sowie um (Lokal-)Politikerinnen und Politiker demokratischer und demokratisch legitimer Parteien. Selbst wenn die politische Einordnung „rechts“ bei Letzteren korrekt sein mag, obliegt es niemandem, seine Gegenansicht durch Gewalt zu demonstrieren.

Messen mit zweierlei Maß

Auch trifft linke Gewalt im öffentlichen Raum neben der Polizei immer wieder völ-

lig unbeteiligte Menschen: Deren Autos werden abgefackelt. Und warum? Weil es einfach passend irgendwo steht und irgendwer meint, dies als Aktion und sich als Aktivist*innen feiern zu können. Was und wie hart der Eigentümer für seinen Besitz arbeitet, interessiert die jungen und junggebliebenen Wohlstandsraubern nicht, es ist schließlich nicht die eigene Habe.

Wie empfindlich die Szene reagieren kann, wenn jedoch ihr Eigentum zu Bruch geht, offenbarte sich während des Hamburger G20-Gipfels im Sommer 2017. Zu viele linke Randalierer kamen von auswärts. Nachdem noch alle fröhlich durch die Straßen zogen und dabei auch Kleinwagen mutwillig zerstörten, waren sie dann im Kiez eingetroffen. Hier sorgten die Gäste für Zerstörung im eigenen Revier. Selbst alteingesessene Gesinnungsgenossen fanden das gar nicht mehr witzig.

Doch mit zweierlei Maß misst auch die Gesellschaft: Anhängern keiner anderen Form von Extremismus wird es so leicht ge-

ADVOCARD Verkehrs-Rechtsschutz

Maximale Sicherheit im Straßenverkehr für Sie und Ihre Familie



Speziell für GdP-Mitglieder günstig und leistungsstark!

- Jahresbeitrag 61,90 (Single-Tarif)
- Keine Selbstbeteiligung im Rechtsschutzfall
- Sofortiger Leistungsanspruch ohne Wartezeit
- Telefonische Rechtsberatung und Online-Rechtsberatung per Chat

Der Verkehrs-Rechtsschutz von ADVOCARD hilft schnell unbürokratisch und flexibel für Sie u.a. als

- Eigentümer, Halter oder Insasse
- Mieter von Mietwagen
- Fahrer fremder Fahrzeuge
- Fahrgast, Fußgänger und Radfahrer

Wahlweise als Single- oder Familien-/Partner-Tarif

**Onlineantrag und weitere Informationen unter
<https://osg-werbemittel.de/advocard/#disclaimer>**

**Gern beantworten wir Ihre Fragen und erstellen ein individuelles Angebot
– rufen Sie uns an unter Tel. 0211/7104 202 oder schreiben Sie uns:**

OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH, Abt. Versicherungen, Forststr. 3a, 40721 Hilden

„Immer wieder werden auch GdP-Geschäftsstellen oder -Fahrzeuge Ziel mutmaßlich linksextremer Angriffe. Mitte Juni traf es erneut unsere Bremer Vertretung. In der jüngeren Zeit passierte Ähnliches in Berlin und Hamburg.



Foto: GdP Bremen

Angriff auf die Bremer GdP-Geschäftsstelle.

macht. Nachdem man verummmt – anonym in der Masse – alles tun konnte, was man für angesagt hielt, kehrt man einfach entspannt wieder in die Gesellschaft zurück und klopft sich für seinen geleisteten Einsatz auf die Schulter. Selbst wenn bekannt ist, dass der „Schwarze Block“ einem das Fitnessstudio ersetzt hat – solange man nicht verurteilt wurde, stehen einem noch alle Wege offen, auch in den Staatsdienst.

So leicht haben es Aussteiger aus dem rechtsextremen oder islamistischen Milieu ganz sicher nicht – aus gutem Grund. Doch auch das zeigt eine Parallele im Umgang mit der RAF: Es war der Staat, der die Hand zur Versöhnung reichte. Formell mit der „Kinkel-Initiative“. 1992 hatte der damalige Bundesjustizminister vorgeschlagen, die Ex-Terroristen freizulassen, wenn sie ihre Strafen abgesessen hätten. Der FDP-Politiker suchte – mit viel Gegenwind – einen Ausstieg aus der Gewaltspirale. Es gibt jedoch auch eine Gesellschaft, die von „Ex-Terroristen“ spricht, obwohl diese Gruppe sich mehrheitlich noch immer in Schweigen um die unaufgeklärten Morde unter anderem an Siegfried Buback, Karl-Heinz Beckurts, Eckhard Groppler, Gerold von Braunmühl, Alfred Herrhausen und Detlev Karsten Rohwedder hüllen. Schlagen sie damit nicht seit Jahren die gerechte Hand einfach weg?

Der Staat hält das aus. Denn in der Demokratie besitzt der Gedanke der gesellschaftlichen Wiedereingliederung einen besonders hohen Stellenwert. Dieser Grundsatz ist angesichts des Schweigens sogenannter Ex-Ter-

roristen fast unerträglich und zeigt damit gleichzeitig auf, dass Demokratie manchmal weh tut und eben nicht immer einfach ist.

Doch die „richtige Seite“?

Sich kritisch mit dem Linksextremismus in Deutschland auseinanderzusetzen, fällt auch vor diesem Hintergrund, dass Demokratie etwas aushalten können muss, schwer. Zudem sind die „Aktivisten“ diejenigen, die am lautesten und offensivsten gegen rechts sind. Der „Schwarze Block“ führt Demonstrationen mit den unterschiedlichsten Bündnissen und Friedensaktivisten an.

Die viktimologische Betrachtung linksextremer Gewalt lässt reflexartig die Frage aufkommen, ob die Opfer denn nicht ohnehin „nur Rechte“ seien. Dies offenbart zwei eklatante Probleme: Zum einen bedeutet es, dass das grundgesetzlich verbürgte Recht auf körperliche Unversehrtheit durch das Etikett „rechts“ brüchig wird, und zum anderen, dass sich außerstaatliche Akteure zumindest im gesellschaftlichen Denken in einer Exekutivfunktion zur Gewaltausübung legitimiert sehen.

Und tatsächlich zeigt sich der Umgang mit linksextremen Szenen auch lokal äußerst generös: Hausbesetzungen werden häufig geduldet, Gewalttäter aus dem „Schwarzen Block“ nicht aus Bündnissen ausgeschlossen. Auch und gerade auf Demonstrationen zeigen sich den polizeilichen Einsatzkräften vielmehr Solidarisierungseffekte bürgerli-

cher Aktivisten mit den verummten Aggressoren. Das wendet sich dann sogar gegen die Polizei, die auf Einhaltung der mit dem Demonstrationsrecht verbundenen Pflichten wie dem Verummungsverbot pocht. Warum? Weil auch Extreme im gemeinsamen Bündnis nun mal auf der richtigen Seite stehen. Weil sie die „jungen Wilden“ und gegen rechts sind, und weil genau das als Solidarität begriffen wird. Die Übergänge sind fließend und die Gruppen gut vernetzt.

Und andererseits muss man auch konstatieren, dass es eher die „Antifa-Gruppen“ sind, die sich trauen, an der Seite von Kurden den türkisch-nationalistischen Grauen Wölfen entgegenzutreten – wo sich demokratische Bündnisse lieber raushalten.

Somit tun sie etwas – und zuweilen sogar völlig unverummmt – was sich viele, die sich doch sonst so vehement gegen rechte Tendenzen einzusetzen glauben, nicht trauen. Sind sie also doch die „Guten“?

Heißt das, für das aus gesellschaftlicher Perspektive „Richtige“ einzustehen, muss auch Freiräume mit sich bringen, in denen „Kollateralschäden“ auch nur als solche betrachtet werden?

Damit gelangen wir erneut zur RAF. Denn genau das war ihre Sicht der Dinge. Die im Stakkato-Imperativ dargelegten Ansichten werden noch heute als Weltbild, vorzugsweise an Hauswänden, kommuniziert. Diese sind einfach nachvollziehbar und ohnehin nicht zu hinterfragen. Wer dem nicht zustimmt, der hat unrecht. Wer im Weg steht oder parkt, muss mit Blessuren rechnen. Wer den faschistischen Staatsdienst ausübt, der hat ohnehin keine Rechte mehr, denn er ist als Systemknecht der Feind. Und wenn er Familie hat, dann gehört auch sie dazu. Klares Welt- und Feindbild, keine Kompromisse, nur schwarz und weiß, und der Rest ist eben ein Kollateralschaden. Das entbindet davon, sich ehrlich mit dem eigenen Weltbild auseinanderzusetzen zu müssen und schafft die nötigen Kapazitäten für die reine Agitation. Oder anders ausgedrückt: Für das exzessive Eventhopping reicht der oberflächliche Imperativ. Alles andere würde nur die Happening-Folklore stören.

Der Fehler liegt bei uns

50 Jahre nach RAF-Gründung lebt deren Geist weiter – und mehr: Ihr Gedankengut

DP-Autorin Prof. Dr. Dorothee Dienstbühl

promovierte zwischen 2008 und 2014 am Lehrstuhl für theoretische Politikwissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin. Danach agierte sie bis 2016 als Leiterin des Bedrohungsmanagements (BM) an der Hochschule Darmstadt. Dienstbühl hat für

DEUTSCHE POLIZEI mehrfach brisante Themen angepackt. Seit 2016 lehrt sie als Professorin an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHöV) NRW im Fachbereich Polizei mit den Fächern Kriminologie sowie Soziologie.

war nicht zuletzt geprägt von elitärer Arroganz. Gleichzeitig stilisierten sie sich mit ihren Auftritten im Gerichtssaal als selbsternannte Avantgarde und verhielten sich wie ungezogene jugendliche Popstars, denen der Ruhm zu Kopf gestiegen war.

Es ist vor allem diese Selbstgefälligkeit, die sich die Linksextremisten bis heute kultiviert haben. Aus ihrer Sicht dürfen sie alles und benehmen sich entsprechend. Und es ist eine Gesellschaft, die sie damit gewähren lässt.

Man könnte sie lächerlich finden, denn ihre Ansichten sind schlichtweg naiv, nicht selten an jeglicher Lebensrealität völlig vorbei. Sie sind jedoch gleichzeitig gefährlich und gewalttätig. Wenn sie Autos anzünden, Brandsätze werfen, den Tod Andersdenken-

der fordern, dann sind sie nichts anders als gewalttätige Kriminelle, womöglich Terroristen. Und nein: „Gegen rechts“ zu sein, kann und darf deren Gewalt nicht rechtfertigen. Jeder, der gewalttätige „Aktionen“ beispielsweise gegen Vertreter kontrovers diskutierter Parteien gutheißt, sollte nicht nur sein demokratisches Verständnis hinterfragen, sondern auch ehrlich darüber nachdenken, ob und wie sehr eine solche Haltung zum beobachtbaren Rechtsruck hierzulande beiträgt. Einen Extremismus durch Unterlassen und konsequentes Verharmlosen zu überhöhen, fördert auch das andere Extrem. Dies zu verneinen und als Unsinn abzutun, ist bequem. Wer aber wirklich etwas zur Stärkung der Mitte und gegen rechts tun will, muss seine Komfortzone der einseitigen Dauerbetroffen-

heit verlassen und aufhören, Gewalttäter als Antifaschisten regelrecht zu ikonisieren.

Kein Extremismus ist besser oder richtiger, als ein anderer. Es geht nicht darum, eine politisch lebendige Landschaft, die auch nach links und rechts bis zum Radikalen gehen darf, zum Verstummen zu bringen. Allerspätestens aber muss dann eine Grenze gezogen werden, wenn Gewalt die Diskussion ersetzt. Und wenn Menschenleben in Kauf genommene Nebenschäden sind.

Es ist längst überfällig, dass Gesellschaft und Justiz klarstellen, dass Antifaschismus eben nicht automatisch Linksextremismus bedeutet, und dieser deswegen von jeglicher Repression ausgeschlossen wäre. Gewalttäter „besetzen“ vielmehr seit Jahren einen Begriff, der der Mitte der Gesellschaft gehört. ■

ANZEIGE



Ein Angebot der el Leasing & Service AG Hannover

Du träumst schon lange von einem richtig starken Bike?

Mach es jetzt zu deinem.
Das Fahrrad von dem du immer geträumt hast.

Unser Privatleasingangebot für GdP-Mitglieder bietet dir:



Exklusiv günstige Leasingraten
z.B. nur **65€*** monatlich bei einem Anschaffungswert von **1899€**



Rundumschutz, eine Wartung & Mobilitätsgarantie inklusive



Flexibilität & Sorglosigkeit

Wie funktioniert's?

Einfach in unserm GdP Partner Portal die Leasingrate berechnen & einen Fachhändler in deiner Nähe finden!

*Vertragslaufzeit 36 Monate

Titel

Eines der Opfer – Ende September 1978: Beisetzung des 25-jährigen Polizeihauptwachtmeisters Hans-Wilhelm Hansen. Er war bei einem Einsatz gegen die Rote Armee Fraktion (RAF) in Dortmund durch mehrere Schüsse tödlich verletzt worden.

RAF-LINKSTERRORISMUS – TEIL 1

Täter als Opfer als Täter

1970 bis 1998 – fast drei Jahrzehnte Linksterrorismus. Die Propaganda der Rote Armee Fraktion (RAF) zwischen Fiktionen und Fakten. Eine Analyse.

Harald Bergsdorf

50 Jahre nach ihrer Entstehung am 14. Mai 1970 und über 20 Jahre nach ihrer Selbstauflösung am 20. April 1998 beschäftigt die „Rote Armee Fraktion“ weiterhin Teile der Öffentlichkeit. Gerade Jahrestage liefern Anlässe, sich mit der RAF zu befassen, deren Mordserie bis heute teilweise unaufgeklärt ist. Darunter die Attentate auf Ernst Zimmermann 1985, Karl Heinz Beckurts und seinen Fahrer Eckhard Groppler 1986, Gerold von Braunmühl 1986, Alfred Herrhausen 1989 und Detlev Karsten Rohwedder 1991.

Kampf gegen die westdeutsche Wohlstandsgesellschaft

Einige Filmemacher, Journalisten, Publizisten und Wissenschaftler zieht die mörderische RAF-Geschichte bis heute in ihren Bann. Das Abtauchen einer kleinen Gruppe junger Leute in den Untergrund, ihr ter-

„Die RAF hatte ihren besonderen Hass auf reformistische Politiker wie den SPD-Politiker Willy Brandt schon in ihrem Konzept Stadtguerilla artikuliert.

roristischer Kampf gegen die westdeutsche Wohlstandsgesellschaft und ihre offenkundige Bereitschaft, sowohl zu morden als auch selbst zu sterben, verströmen immer noch eine „morbid Faszination“, so die Historikerin Prof. Dr. Petra Terhoeven. Das umso mehr, weil die meisten RAF-Terroristen, insbesondere deren Führungspersonen, nicht als abgehängte Außenseiter geboren und aufgewachsen waren, sondern oft aus gehobenen, religiös und bildungsbürgerlich geprägten Milieus stammten.

Die „Studienstiftung des deutschen Volkes“ hatte drei der vier RAF-Hauptgründer gefördert: Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Horst Mahler. Über letzteren sprechen heutige RAF-Apologeten weniger gern. Aus den sozialen Souterrains der Gesellschaft kam lediglich eine Minderheit in der RAF, darunter Petra Schelm und Peter-Jürgen Boock.

Inzwischen sind zahlreiche Gesamtdarstellungen über die RAF erschienen. Zugleich mangelt es weiterhin an Spezialstudien zum Beispiel über die Rolle der RAF-Anwälte, die sich mehrheitlich als „Genossen“ der Täter verstanden. Ebenso fehlt es an biographischen Untersuchungen über Führungsfiguren der sogenannten zweiten und dritten RAF-Generation wie vor allem Brigitte Mohnhaupt und Birgit Hogefeld – beide liefern Beispiele für die fast durchgängige Dominanz von Frauen in RAF-Führungspositionen. Ein weiteres Desiderat besteht nicht nur in Studien vor allem über nichtprominente RAF-Opfer, sondern auch in Analysen der Propaganda, die einen wesentlichen Beitrag zum fast dreißigjährigen Überleben der Terrorgruppierung leistete. Die RAF betrieb eben auch eine Kommunikationsstrategie, um durch Propaganda eine Deutungshoheit über die eigenen Verbrechen zu erlangen.

Selbstlegitimation

Um die eigenen Verbrechen als „antifaschistische Aktionen“ zu legitimieren, stilisierte die RAF die damalige Bundesrepublik ausgerechnet unter Bundeskanzler Willy Brandt zu einem „faschistischen Repressionsstaat“ und einer Marionette der „imperialistischen“ USA, die seinerzeit in Vietnam einen tatsächlich besonders brutalen Krieg gegen ein totalitäres Regime führten. Der Vorwurf

an die Bundesrepublik, sie habe den Nationalsozialismus, den die RAF meist verharmlosend Faschismus nannte, beinahe „restauriert“, gehörte zu den zentralen Elementen der Propaganda. Ideologisch basierte dieser Vorwurf auf der kommunistischen Doktrin, wonach Faschismus und bürgerliche Demokratie lediglich zwei Varianten des Kapitalismus bedeuteten. Aus dieser Sicht gründet der Faschismus auf dem Kapitalismus. Umgekehrt lauere in jeder kapitalistischen Gesellschaft der Faschismus.

Besonderer Hass auf reformistische Politiker

Grundsätzlich ließ sich ein solcher Vorwurf in der Bundesrepublik nach der Hitler-Diktatur natürlich leichter erheben als in anderen Ländern. Das erkannte die RAF, die zugleich den chinesischen Massenmörder Mao Zdeong heroisierte. Nach dessen Vorbild wollte sie gemäß ihrem „Konzept Stadtguerilla“ die kapitalistische Bundesrepublik befreien – durch den bewaffneten Kampf als höchster Form des Marxismus-Leninismus. Aus RAF-Perspektive bedeutete es keinen Widerspruch, den Vorwurf der Restauration gegen ein Land zu erheben, als dessen Bundeskanzler ein Gegner des Nationalsozialismus (NS) wie Willy Brandt amtierte. Vielmehr hatte die RAF ihren besonderen Hass auf reformistische Politiker wie den SPD-Politiker schon in ihrem Konzept Stadtguerilla artikuliert. Darin hieß es, die reformistische Linie ziele darauf, den Kapitalismus sozialer zu gestalten. Gerade ein solcher Reformismus der Sozialdemokratischen Partei drohe, die Arbeiterklasse vom Klassenkampf zu entfremden und den Kapitalismus, also rechtsstaatliche Demokratie und Soziale Marktwirtschaft, zu stabilisieren – aus RAF-Sicht besonders verwerflich. Tatsächlich wuchs in der Bundesrepublik nach 1949 im Widerspruch zur Marxschen Lehre nicht die Verelendung, sondern der Wohlstand der Massen, die aus RAF-Sicht als korrumpierte Konsumidioten funktionierten, denen revolutionäres Bewusstsein fehlte.

Von Beruf Antifaschistin

Umso mehr gehörte der Kapitalismus aus RAF-Perspektive unterminiert, destabili-

siert und letztlich zertrümmert. Um ihn möglichst wirkungsvoll zu bekämpfen, nutzte und instrumentalisierte die RAF gerade auch den Nationalsozialismus, den sie bevorzugt „Nazismus“ nannte, um den Sozialismus-Teil des NS-Begriffs unter den Teppich zu kehren. Durch ihren „antifaschistischen Kampf“ gegen den Kapitalismus wollte die RAF die Bundesrepublik diskreditieren und sich selbst als fortschrittlich inszenieren. Ulrike Meinhof, langjährige RAF-Chefpropagandistin, antwortete daher einst vor Gericht auf die Frage nach ihrem Beruf, sie sei „Antifaschistin“. Stefan Wisniewski, ein Hauptverantwortlicher für die Morde der sogenannten zweiten RAF-Generation 1977, trug bei einem Auftritt als Zeuge vor Gericht – in einem späten Prozess wegen der Ermordung des Generalbundesanwalts Siegfried Buback – einen Pullover mit der NSDAP-Mitgliedsnummer des späteren Generalbundesanwaltes und dem Zusatz „Verfolgt diese Spur“. Damit wollte Wisniewski offenbar von RAF-Morden ablenken und sie als antifaschistische Aktionen gegen Personen rechtfertigen, die – wie Buback und das einstige SS-Mitglied Hanns Martin Schleyer – in der Bundesrepublik hohe Funktionen errungen hatten. Nach dem Manager und Wirtschaftsfunktionär sind heute vor allem deshalb Straßen benannt, weil die RAF am 19. Oktober 1977, wie sie formulierte, „seine klägliche und korrupte Existenz beendet“ und ihn ermordet hatte. Zuvor hatte sie ihn entführt und seine Begleiter erschossen, die sie in ihrer Taterklärung vom 6. September 1977 vollständig verschweigt. Noch in ihrer Auflösungserklärung versuchte die RAF, ihre Verbrechen durch den Hinweis zu legitimieren, die Bundesrepublik habe mit ihrer „nationalsozialistischen Vergangenheit nicht gebrochen“. Das hinderte die RAF freilich kaum daran, immer wieder mit lupenrein antisemitischen Palästinensern zu kollaborieren, die Israel, den „imperialistischen Komplizen“ der USA, auslöschen woll(t)en.

Problematische, personelle Kontinuitäten

Tatsächlich gab es auch nach Hitlers Herrschaft mit Massenpropaganda, Massenverführung und Massenmorden keine Stunde null. Vielmehr existierten in den westlichen

Besatzungszonen und der frühen Bundesrepublik – neben tiefgreifenden Umbrüchen – auch problematische, insbesondere personelle Kontinuitäten in einigen Spitzenfunktionen. Zwar basierten bereits sowohl die Verfassungsordnung als auch die innen- und außenpolitischen Grundlinien der Bundesrepublik auf einem Anti-Hitler-Konsens, ja ursprünglich sogar auf einem antiextremistischen und antitotalitären Fundament. Auch hatten sich maßgebliche Gründer der Bundesrepublik wie Konrad Adenauer, Eugen Gerstenmaier, Jakob Kaiser, Theodor Heuss, Thomas Dehler, Kurt Schumacher und Carlo Schmid sich vom Nationalsozialismus fern gehalten oder die Hitler-Diktatur gar aktiv bekämpft.

Doch agierten in öffentlichen Ämtern nach dem 8. Mai 1945 tatsächlich unter anderem Leute wie jene Richter, die schon dem sogenannten Richter Roland Freisler, dem wohl bekanntester Strafrichter des nationalsozialistischen Deutschlands, gedient hatten. Erst der wirtschaftliche Aufschwung, der bald nach dem Krieg einsetzte, leistete einen starken Beitrag, Millionen Entwurzelter schrittweise zu integrieren. Auch das von der Bundesregierung beantragte und vom Bundesverfassungsgericht 1952 ausgesprochene Verbot der Sozialistischen Reichspartei (SRP) (und das Verbot der Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 1956) half der jungen Demokratie durchzuhalten, bis die ersten politischen und ökonomischen Erfolge sichtbar und spürbar wurden, so der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Peter Graf Kielmansegg.

Ein wichtiges Signal gegen manche Widerstände setzte die Bundesregierung Adenauer auch mit ihrer politisch und rein moralisch gebotenen Politik der „Wiedergutmachung“ gegenüber Israel und dem Judentum.

Weitgehend faktenfern

Insgesamt scheinen – bei aller erforderlichen Differenzierung – die Versuche der RAF, die Bundesrepublik als faschistischen Repressionsstaat zu diskreditieren, überwiegend faktenfern. Letztlich lassen sie sich eher mit ideologischer Verblendung als mit Unwissen der RAF erklären, in deren Emblem eine wichtige Waffenmarke der Wehrmacht abgebildet war. Im Ergebnis scheiter-

„Im Ergebnis scheiterten die Versuche der RAF weitgehend, durch ihren Terror die Polizei zu überharten Reaktionen zu provozieren, um den „Repressionsstaat“ als offen faschistisch zu enttarnen und die Massen zu radikalisieren.

ten die Versuche der RAF weitgehend, durch ihren Terror die Polizei zu überharten Reaktionen zu provozieren, um den „Repressionsstaat“ als offen faschistisch zu enttarnen und die Massen zu radikalisieren. Die Kollektivschuld, die RAF-Kader der Bundesrepublik anlasteten, eignete sich obendrein, die persönliche und konkrete Schuld realer NS-Täter zu vernebeln. Hinzu kam die Kooperation der RAF mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), die gerade mit ihrer Stasi (Ministerium für Staatssicherheit, MfS) in der DDR einen echten Unrechtsstaat betrieb, in dem über Jahrzehnte auch ehemalige Nationalsozialisten, mitunter in hohen Funktionen wirkten.

Selbstviktimsierung

Zu den zentralen Kennzeichen der RAF-Propaganda gehörte es darüber hinaus, auf Basis ihrer Antifaschismus-Doktrin eine Täter-Opfer-Umkehr zu betreiben, das heißt: RAF-Täter zu viktimsieren und RAF-Opfer zu entmenschlichen beziehungsweise zu animalisieren – unter anderem als „Kapitalisten-, Bullen- und Nazischweine“.

Im Kern präsentierte die RAF die Opfer ihrer Mordanschläge als die angeblich wirklichen Täter. Um ihre Morde als Gegengewalt und Notwehr zu legitimieren, hatte sie bereits in ihrem „Konzept Stadtguerilla“ von 1971 proklamiert: „Stadtguerilla heißt, sich

von der Gewalt des Systems nicht demoralisieren zu lassen“. Später befand sie in ihrer Auflösungserklärung 1998: „Wir haben gewalttätige Verhältnisse mit der Gewalt der Revolte beantwortet“.

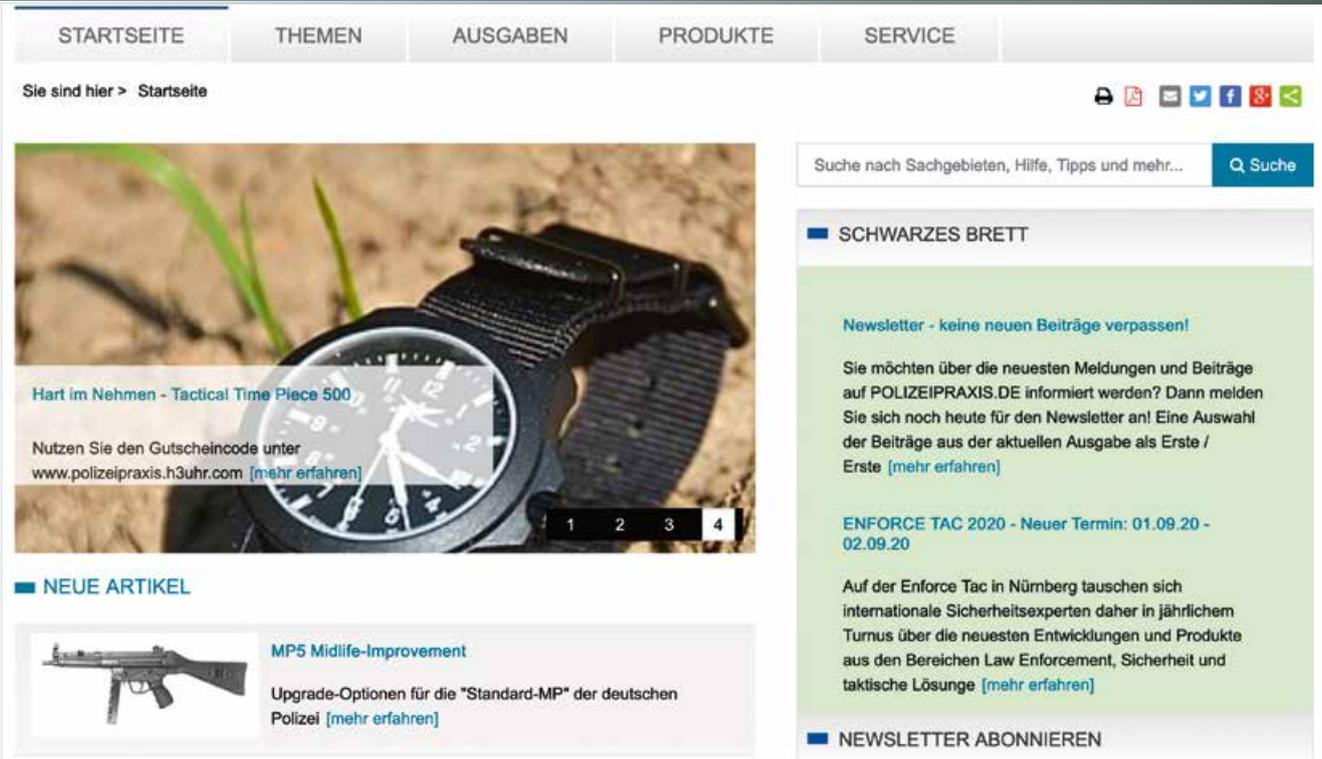
„Wir müssen Widerstand leisten“

Schon die Tötung des Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 durch den Schusswafeneinsatz des Berliner Polizisten Karl-Heinz Kurras hatten spätere RAF-Gründer genutzt, um zum gewalttätigen Kampf gegen die Bundesrepublik zu mobilisieren. Hierbei hatten sie sich durchaus nicht nur auf Fiktionen, sondern partiell auch auf Fakten gestützt. Denn zum einen hatte Kurras den unbewaffneten Studenten, der als Pazifist galt und in einer evangelischen Studentengemeinde aktiv war, von hinten erschossen. Zum anderen hatte der wegen fahrlässiger Tötung Angeklagte vor Gericht sogar einen Freispruch wegen schuldausschließender (putativer) Notwehr errungen. Kurras hatte glaubhaft machen können, sich durch den unbewaffneten Studenten mit einem Messer angegriffen gefühlt zu haben. Nicht nur spätere RAF-Gründer empörte damals sowohl die Tötung des Unbewaffneten als auch der Freispruch des Täters.

Später nutzte die RAF die Tötung Ohnesorgs und den Kurras-Freispruch für ihre pauschale Propaganda gegen den faschistischen Repressionsstaat und zur Legitimation ihrer Morde – dass der später als MfS-Zuträger enttarnete Todesschütze sein Opfer Ohnesorg im Auftrag der SED ermordet hat, lässt sich bislang nicht belegen, würde aber wenig verwundern. Gudrun Ensslin hatte bereits kurz nach der Tötung Ohnesorgs appelliert: „Dieser faschistische Staat ist darauf aus, uns alle zu töten. Das ist die Generation von Auschwitz! Wir müssen Widerstand leisten. Gewalt kann nur mit Gewalt beantwortet werden.“ Die „Bewegung 2. Juni“, später unter Übernahme einer stattlichen Mitgift teilweise in der RAF aufgegangen, instrumentalisierte das Datum der Tötung Ohnesorgs bereits in ihrer Selbstbezeichnung, um ihren Terror als vermeintliche „Gegengewalt“ zu legitimieren. ■

Der zweite Teil der RAF-Analyse von DP-Autor Harald Bergsdorf folgt in der August-Ausgabe.

POLIZEI PRAXIS



Mit dem Multifunktions Tuch von **POLIZEIPRAXIS.DE** bieten wir den optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an. Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser kann ab sofort für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten* unter der E-Mail: **info@polizeipraxis.de** bestellt werden!



*Ab einem Bestellwert von 50,00 Euro entfallen die Versandkosten. Nur gegen Vorkasse. Alle Preise inkl. MwSt.



Tarif

TARIFRUNDE 2020

Das Geschwätz von gestern

Noch stehen wir unter den Lockdown-Eindrücken: keine Restaurantbesuche, keine Theaterbesuche, keine sozialen Kontakte, Homeoffice – das Leben extrem eingeschränkt. Niemand hat eine solche Situation jemals erlebt. Was hat eigentlich der öffentliche Dienst (öD) in diesen Zeiten gemacht? Er hat funktioniert!



René Klemmer

Stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender

Der öD bewies, dass er das Leben und die Dinge am Laufen hält. Die elementaren Zyklen in unserem Land gehen weiter. Wir alle haben unseren Teil hierzu beigetragen und einen kühlen Kopf bewahrt – und das, obwohl wir auch private Herausforderungen zu meistern hatten wie zu pflegende Kinder und Angehörige. Auch wir mussten uns privat einschränken, teils völlig neu aufstellen. Viele öD-Beschäftigte haben ihre Aufgaben, ob im Beruf oder zu Hause, in den vergangenen Monaten geschultert.

Das Leben schreitet voran, und die Lockerungen nehmen von Woche zu Woche zu. So konnte sich bereits Mitte Mai die Bundestarifkommission (BTK) der Gewerkschaft der Polizei (GdP) mit der Tarifrunde für Bund und Kommunen in diesem Herbst beschäftigen. „Der Herbst wird heiß“. Als zuständiger stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender für den Tarifbereich habe ich das schon im Januar klargestellt. Aber, dass er so heiß werden wird, hätte niemand erahnen können.

„Wir werden auch in dieser Tarifrunde Gesicht zeigen und selbstbewusst einfordern, was uns zusteht. Immer im Bewusstsein, dass wir uns momentan in außergewöhnlichen Zeiten befinden.“

Leistungsfähigkeit bewiesen

Die BTK hatte Fragen: Wird es überhaupt Tarifverhandlungen geben? Wie hoch sollen wir mit einer Forderung denn gehen? Unter welchen Bedingungen läuft eine Tarifrunde in diesen Zeiten? Unsere Tarifexpertinnen und -experten haben sich darüber die Köpfe zerbrochen und am Ende festgestellt: Wir haben es uns gerade jetzt verdient.

Es wird dieses Jahr unter schwierigen Voraussetzungen ablaufen. Natürlich ist uns bewusst, dass viele Menschen existenzielle Sorgen beschäftigen. Das ist jedoch kein Grund, dem öD die verdiente Anerkennung zu verweigern. Erst recht auf Grund der überzeugenden Rolle, die wir ausgefüllt haben und noch ausfüllen.

Wir haben unter Beweis gestellt, wie leistungsfähig und fundamental der öffentliche Dienst in solch schwierigen Zeiten ist.

Verorten der Schmerzgrenze

Gemeinsam mit der ver.di-Bundestarifkommission beriet das höchste GdP-Tarifgremium darüber, wie wir mit den Arbeitgebern in Gespräche eintreten können und wo die Schmerzgrenze liegt. Am Ende wird entscheidend sein, wie sich die Arbeitgeber dazu stellen, und zu was und wie viel sie bereit sind.

Applaus und Lobgesänge haben wir wahrgenommen. Die Bürgerinnen und Bürger haben den öD als wichtigen und zuverlässigen Faktor dieses Landes erlebt und erkannt. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage in den Kommunen und auch im Bund wissen wir um die Bedeutung dieser Tarifrunde. Kopf einziehen und wegducken: Nein!

Wir werden auch diesmal Gesicht zeigen und selbstbewusst einfordern, was uns zusteht. Immer im Bewusstsein, dass wir uns momentan in außergewöhnlichen Zeiten befinden.

Ich wiederhole meine Worte aus meiner Antrittsrede vom GdP-Bundeskongress 2018: „Die Politik soll sich an die warmen Worte erinnern, wenn sie mit uns am Verhandlungstisch sitzt“. Oder gilt jetzt wieder: „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern“? ■

Foto: GdP/Hagen/Immel

Tarif

DER TARIFVERTRAG ÜBER DIE BETRIEBLICHE ALTERSVORSORGE IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Eine Halbzeitbilanz

Anfang März kam die Verhandlungskommission für den Tarifvertrag über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (ATV) in Göttingen zu ihrer turnusmäßigen Sitzung zum Sachstand der Tarifpflege zusammen. Es sollte auch eine „Halbzeitbilanz“ über die vergangenen fünf Jahre nach Abschluss des Tarifvertrages in 2015 (des größten Flächentarifvertrages im öffentlichen Dienst) werden.

Andreas Kauß

Die Kernthemen der vergangenen fünf Jahre: Aufgrund vielfältiger Anpassungen der gesetzlichen Normen in den fünf Jahren bedarf der Tarifvertrag über die betriebliche Altersvorsorge einer stetigen Tarifpflege, die dann üblicherweise in die Satzungsnormen der VBL (Pflichtversicherung zur betrieblichen Altersvorsorge im öffentlichen Dienst) eingepflegt werden. So wurde die sogenannte Flexi-Rente zum 1. Juli 2017 als eine weitere Rentenvariante (nicht Vollrente) eingeführt.

Zu den Wartezeiten (ab wann besteht ein Anspruch auf Zahlung aus der VBL?) hat sich EU-Rechtsprechung entwickelt, die eine Verkürzung der Wartezeit für die Bezugsberechtigung der betrieblichen Altersvorsorge ermöglicht.

Durch die Verschiebung des Renteneintrittsalters auf das 67. Lebensjahr sollten die Zurechnungszeiten bei vorzeitigem Renteneintritt zum Beispiel bei der vollen Erwerbsminderungsrente entsprechend angepasst

werden. Die Vorgaben für den Arbeitgeber, die im Betriebsrentenstärkungsgesetz geregelt wurden, sollten in die Satzung der VBL eingearbeitet werden.

Alles wichtige Themen, die einer Behandlung durch die Tarifpartner dringend bedürfen. Insbesondere, weil es sich überwiegend um die Anpassung an gesetzliche Normen oder aber gesprochenes Recht handelt. Das Resümee der Verhandlungskommission fällt in dieser Hinsicht jedoch nüchtern aus.

Nüchternes Resümee

Eine Verhandlungsbereitschaft der Mitgliedsgewerkschaften bestand in der Vergangenheit und besteht auch für die Zukunft jederzeit. Eine einmütige Verhandlungsbereitschaft auf der Gegenseite ist jedoch seit fünf Jahren nicht wahrnehmbar.

Es gibt viele wichtige Themen zur Weiterentwicklung des zur Zeit größten noch lau-

fenden Flächentarifvertrages, aber nicht einmal eine einmütige Gesprächsbereitschaft auf der Seite der Arbeitgeber im öffentlichen Dienst (öD) des Bundes, der Kommunen und der Länder.

Warum werden auf der Arbeitgeberseite die Augen vor den gebotenen Anpassungen und Weiterentwicklungen verschlossen? Die betriebliche Altersvorsorge stellt immerhin die mittlere der drei Säulen (gesetzliche Rente, betriebliche Altersvorsorge und private Altersvorsorge) der Altersversorgung dar und ist ein Baustein zur Vermeidung von Altersarmut. Darüber hinaus zahlen ja nicht nur die öD-Arbeitgeber in diese Pflichtversicherung ein. Nein, auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst tragen ihren Beitrag zur betrieblichen Altersversorgung bei.

Eine Antwort auf die Frage, warum die Arbeitgeberseite sich den drängenden Anpassungsnotwendigkeiten nicht zumindest in Tarifpflegegesprächen stellt, bleibt uns als Verhandlungspartner in Gänze verschlossen. An den jeweiligen finanziellen Möglichkeiten des Bundes, der Kommunen und Länder kann es in den vergangenen fünf Jahren doch wohl nicht gelegen haben. Das zeigt die aktuelle Situation, in der ein Füllhorn an finanziellen Möglichkeiten durch die Bundesregierung und die Länderfinanzminister ausgeschüttet wird.

Es bleibt für die Zukunft nur zu hoffen, dass die nächsten fünf Jahre (als Restlaufzeit des Tarifvertrages über die Altersvorsorge) nicht ergebnislos verstreichen und sich die öD-Arbeitgeber ihrer Rolle und Pflicht als Tarifpartner bei Tarifverhandlungen und Kompromissfindungen, bewusst werden. ■

Dr. Oliver Dilcher, zuständiger ver.di-Tarifsekretär, wurde in der Sitzung als Sprecher dieser Verhandlungskommission verabschiedet. Kollege Dilcher hatte zuvor noch den aktuellen Sachstand über die Weiterentwicklung des Tarifvertrages über die betriebliche Altersvorsorge vorgestellt und gemeinsam mit der Kommission ein Resümee über die Zeit seit 2015 gezogen. Die Nachfolge und somit die künftige und dauerhafte Leitung der Verhandlungskommission ist bis heute ungeklärt.

Hilfreich

Für die Zeiten nach der Pandemie sollte unbedingt zu Präsenzsitzungen zurückgekehrt werden. Ein Schleifen der Mitbestimmungsrechte unter dem Deckmantel des Gebots der sparsamen Verwendung öffentlicher Mittel oder der Wirtschaftlichkeit darf es nicht geben.

CORONA

Mitbestimmung in Pandemiezeiten

Mitbestimmung von Personal- und Betriebsräten in Pandemiezeiten ist eine große Herausforderung. Schließlich sind Präsenzsitzungen mitunter kaum oder nur schwer zu realisieren. In verschiedenen Landespersonalvertretungsgesetzen, im Bundespersonalvertretungsgesetz, aber auch im Betriebsverfassungsgesetz wurden deshalb Corona-bedingte Anpassungen vorgenommen.

Gudrun Hoffmann

In vielen Bundesländern und auch beim Bund können nun Personalratssitzungen in Form von Videokonferenzen abgehalten werden. Das erleichtert die Arbeit der Personalräte, darf aber nicht zum Dauerzustand werden. Denn persönliche Treffen müssen in Zukunft weiterhin Standard bleiben. Der Dienstherr darf Präsenzsitzungen nicht mit dem Hinweis auf Kosten- und Zeitersparnis einschränken und Videokonferenzen verlangen.

Konferenzen per Videostream bergen die

Gefahr, dass die gesetzlich vorgeschriebene Nichtöffentlichkeit der Personalratssitzungen nicht gewährleistet ist. Im Betriebsverfassungsgesetz (Paragraf 30) gibt es dazu eine entsprechende Vorschrift für Betriebsratssitzungen.

Zum einen besteht das Risiko, dass die Gespräche nicht hinreichend davor geschützt werden können, abgehört zu werden. Zum anderen kann nicht sichergestellt werden, dass neben den Personalratsmitgliedern auch noch weitere Personen im Raum sind. Auf jeden Fall obliegt es dem Dienstherrn oder Arbeitgeber, datenschutzrechtliche Standards zu gewährleisten und dafür auch entsprechende Technik zur Verfügung zu stellen.

Auch die – sofern es dringend erforderlich und zulässig ist – genutzte Beschlussform im Umlaufverfahren birgt Unwägbarkeiten. Ein Austausch von Argumenten findet nicht statt, Minderheitsmeinungen finden geringere Beachtung und könnten mithin weniger berücksichtigt werden. Viele dieser Regelungen haben nur einen vorübergehenden Charakter – beschränkt auf die Zeiten der Corona-Pandemie. Klar ist, dass der Gesundheitsschutz aller Beteiligten in Zeiten der Bedrohung durch das Virus an erster Stelle steht. ■

Termin

MOTORRADTREFFEN IM HARZ

Mit dem Bike gemeinsam ins Grüne

Detlef Schöne

Freundinnen und Freude der gepflegt-motorisierten Ausfahrt auf zwei Rädern sind herzlich zum „Offenen Motorradtreffen für nicht organisierte Biker aus Polizei, Zoll und Justiz sowie deren Angehörigen“ eingeladen. Das Treffen findet vom 11. bis 13. September in Sophienhof bei Nordhausen/Harz statt.

Geplant sind Ausfahrten in die nähere und weitere Umgebung, darunter der westliche und östliche Harz, Kyffhäuser, Rappbode-Talsperre, Wernigerode, Thale, Oker-Talsperre und Windbeutelkönig.

Die Teilnahme an den Touren ist gewünscht. Die Strecken werden vor Ort ausgehängt. Der Abend gehört dann den in gemütlicher Atmosphäre geführten „Benzin-gesprächen“.

Die Unterbringung erfolgt im Braugasthaus Brauner Hirsch in Sophienhof. Es gibt Einzel- und Doppelzimmer mit Halbpension. Weitere Infos unter Telefon 0160-66 545 14 oder E-Mail detlefschoene@freenet.de oder aida100@web.de

Die Veranstaltung findet in Zusammenarbeit mit IPA und Blue Knights statt. Eventuell anfallende Gewinne werden dem Kinderheim in Nordhausen gespendet.

Der Anmelde- und Bezahlschluss ist der 20. Juli 2020. ■



Foto: Harries/Malbaum - stock.adobe.com

ANZEIGE



THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller
Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich. % % %

Informieren Sie sich!
Telefon: (02207) 76 77 % % %

www.fahrzeugkauf.com

Hilfreich

(v.l.n.r.): Max Feierabend, Katharina Bier, Stephan Maier, Simon Meindl, Helmut Joas (Leiter Operative Ergänzungsdienste Passau und GdP-Kreisgruppenvorsitzender), Elina Giller, Björn Issehorst und Florian Dennl.



JUNGE GRUPPE NIEDERBAYERN

Aktiv mit Nadel und Faden

Die Corona-Krise ermunterte die Junge Gruppe (JG) der GdP Niederbayern zu einer außergewöhnlichen und einmaligen Aktion.

Markus Wimmer

Mitte April beschlossen die jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, für die Mitglieder

ihrer Bezirksgruppe sowie viele weitere Kolleginnen und Kollegen Masken mit GdP-Logo zu nähen. Dabei ließen sie sich von den

weitreichenden Lieferschwierigkeiten von Stoff und Gummiband nicht ausbremsen. Insgesamt waren zwölf freiwillig Nähende bei Tag und Nacht aktiv und fabrizierten sage und schreibe 1.530 Schutzmasken – in kompletter Eigenproduktion.

Sie konnten damit unter anderem auch befreundeten GdP'lern aus Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein sowie Polizistinnen und Polizisten aus dem spanischen Alicante und den USA (Florida, Kalifornien, Mississippi und Texas) eine GdP-Selfmade-Maske überreichen.

Sogar Bayerns Innenminister Joachim Herrmann würdigte diese tolle Solidaritäts-Aktion und dankte dem Gewerkschaftsnachwuchs in einem persönlichen Schreiben.

Die JG Niederbayern darf mächtig stolz auf ihre Aktion und die von ihr geleistete Arbeit sein. ■

ANZEIGE

Unsere kostenlose GdP-VISA-Card mit DKB-Cash!



In Kooperation mit der **DKB** Deutsche Kreditbank AG können unsere Kolleginnen und Kollegen mit der GdP-Kreditkarte u. a. folgende **Vorteile** nutzen:

- kostenloses Girokonto
- kostenlose GdP-VISA-Card plus Partnerkarte
- Online-Kontowechsel mit kostenloser Benachrichtigung Ihrer Vertragspartner

Zu beantragen unter www.gdp.de/kreditkarte

Haben Sie Fragen?

Wir helfen gerne weiter Tel.: 0211 7104-202 bzw. 201

Hilfreich

KOHLE, KRÖTEN, KIES UND KNETE

Das Fristende für die Steuererklärung 2019 naht

Ein Großteil der Deutschen wird dieses Jahr auf eine Urlaubsreise verzichten. Da ist es zumindest nicht ganz so schlimm, dass die neue Frist für die Abgabe der Steuererklärung mitten in die Sommerferien fällt. Bis 31. Juli muss die Steuererklärung für 2019 beim zuständigen Finanzamt eingegangen sein. Nur wenn ein Steuerberater diese Pflicht übernimmt, verlängert sich die Abgabefrist auf den 28. Februar 2021.

Felix Bodeewes

Wer die Abgabefrist versäumt, muss mit Sanktionen in Form eines Versäumniszuschlags rechnen. Möglich sind Verspätungszuschlag, Zwangsgeld, Steuererschätzung und (Straf-)Zinsen. Seit vergangem Jahr werden Fristverstöße auch strenger bestraft. Der neue Mindestverspätungszuschlag beträgt 25 Euro für jeden angefangenen Verspätungsmonat. Er gilt für alle, die zur Abgabe der Steuererklärung für 2019 verpflichtet sind, dies jedoch bis Ende Februar 2021 nicht getan haben.

Polizei im Homeoffice: Das spart Steuern

Polizeibesetzte, die aufgrund der Corona-Krise oder auch sonst von zu Hause aus arbeiten, können Kosten für das Arbeitszimmer als Werbungskosten von der Steuer absetzen.

Voraussetzung ist, dass es sich um ein vom Wohnbereich räumlich getrenntes Arbeitszimmer handelt. Ein Schreibtisch oder eine Arbeitsecke im Wohnzimmer sind nicht

Tip: Steuerpflichtige, die den Abgabetermin nicht einhalten können, sollten eine stillschweigende Fristverlängerung beantragen, bei der das Finanzamt keine Bestätigung versenden muss. In der Regel wird einer Fristverlängerung bis 30. September problemlos zugestimmt.

abzugsfähig. Auch ein Arbeitszimmer mit Gästebett wird im Rahmen einer Überprüfung kaum durchgehen. Es ist aber möglich, dass es aufgrund der Corona-Krise zu Lockerungen kommt und mehr häusliche Arbeitsplätze steuerlich anerkannt werden.

Damit die Aufwendungen als Werbungskosten absetzbar sind, darf für die berufliche oder betriebliche Tätigkeit kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung stehen. Das könnte etwa der Fall sein, wenn ein Polizeibeamter als Präventionsbeauftragter an Schulen unterwegs ist, und diese Maßnahmen stets vom heimischen Computer aus vorbereitet.

Wenn allerdings die komplette berufliche Tätigkeit aus dem heimischen Arbeitszimmer erfolgt – dann sind die Kosten fürs Arbeitszimmer in unbegrenzter Höhe absetzbar. Das ist zum Beispiel für Polizeibeamtinnen und -beamte denkbar, die ihre Verwaltungstätigkeit während der Corona-Krise ausschließlich von zu Hause aus erledigen.

Das Arbeitszimmer in der Steuererklärung 2020

Da nicht jeder Haushalt über ein separates Arbeitszimmer verfügt, bleibt abzuwarten, ob die Regeln für ein Arbeitszimmer für die Steuererklärung 2020 gelockert werden. Es empfiehlt sich in jedem Fall, Fotos des Arbeitszimmers zu machen und die Arbeitstage zu notieren. Auch Belege für betriebliche Ausgaben wie Druckerpapier sollten Home-Office-Arbeitende unbedingt aufbewahren, sofern diese nicht vom Arbeitgeber erstattet werden. ■

15€ Rabatt für GdP-Mitglieder

Online-Steuererklärung für Polizistinnen und Polizisten



PC Magazin

SEHR GUT

www.pc-magazin.de 04/2019

~~34,95€~~
19,95€
nur für GdP-Mitglieder

GdP-Mitglieder können ihre Steuererklärung ab sofort noch besser und günstiger erledigen.

Und so geht's:

1. Gutschein-Code auf www.gdp.de abrufen
2. Auf Steuererklaerung-Polizei.de registrieren
3. Gutschein-Code vor Bestellabschluss eingeben
4. Steuererklärung abschicken



Dein Code:

gdp-meinesteuer

gültig bis 15. August 2020

Jetzt registrieren und kostenlos testen:
Steuererklaerung-Polizei.de

Link zum Angebot unseres Kooperationspartners

POLIZEI IN STAAT UND GESELLSCHAFT

Politikwissenschaftliche und soziologische Grundzüge

Von **Bernhard Frevel** und **Vanessa Salzmann**.



2. Auflage 2020

Umfang: 224 Seiten

Format: 16,5 x 24 cm, Broschur

Preis: 26,00 € [D]

ISBN 978-3-8011-0864-9

Dieses studienbegleitende Lehrbuch stellt die politikwissenschaftlichen und soziologischen Grundlagen für die Polizeiarbeit dar. Während die Politikwissenschaft Analysen bereitstellt, um die Polizei und ihr Handeln zu verstehen, bietet die Soziologie unverzichtbares Hintergrundwissen, um die Bedeutung gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse für die Gewährung von Sicherheit und Ordnung zu erfassen und als Polizei hierauf zu reagieren.

In zehn Kapiteln beschreiben die Autorinnen und Autoren, die an polizeiausbildenden Hochschulen und Akademien lehren, die sozialwissenschaftlichen Fragestellungen mit stetem Bezug zur Rolle, Funktion und Organisation der Polizei sowie zu den politischen Bedingungen und Anforderungen an polizeiliches Handeln in Deutschland. Der politikwissenschaftliche Teil befasst sich mit dem politischen System der Bundesrepublik Deutschland, einer Politikfeldanalyse der Inneren Sicherheit, dem politischen Extremismus und Terrorismus und der Europäisierung der Inneren Sicherheit.

Eine Einführung in die Soziologie der Polizei leitet den soziologischen Teil ein. Weiterhin werden die Sozialstruktur Deutschlands, das polizeiliche Handeln im urbanen Raum und soziologische Fragen zu Polizei und Gewalt betrachtet. Abgerundet wird das Buch mit einem Überblick über die Geschichte der deutschen Polizei und einem Beitrag zum Thema Polizei als Beruf.



DIE HERAUSGEBER

Prof. Dr. rer. soc. Bernhard Frevel lehrt Sozialwissenschaften an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen sowie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

Prof. Dr. phil. Vanessa Salzmann lehrt Einsatzlehre, Führungslehre und Soziologie an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Hinterfragt



Während die Fußballer Abstand halten müssen, gehen viele Fans bewusst auf Distanz zum Fußball.

PROFIFUSSBALL

Kommt die Corona-Katharsis?

Mit leichtem Augenzwinkern könnte auch der Fußballvirus als Pandemie bezeichnet werden. Dem Fußballweltverband FIFA zufolge haben das Finale zwischen Frankreich und Kroatien am 15. Juli 2018 weltweit rund 1,1 Milliarden Zuschauer live geschaut. An jedem Spieltag verfolgen hierzulande zig Millionen Menschen die Begegnungen der Bundesliga. Jetzt hat COVID-19 dem Profifußball den Spiegel vorgehalten, wie DP-Autor und Sportjournalist Christoph Ruf meint.

Christoph Ruf

Es sind Zahlen, die nachdenklich stimmen: Nach FIFA-Angaben wurden im vergangenen Jahr 18.042 Transfers im Profibereich getätigt. Dabei flossen 8,14 Milliarden Euro. Daran beteiligt waren 3.557 Spielerberater: Vermittler, die die Transfers im Auftrag der Profis abwickeln und in der Regel bis zu 15 Prozent Provision bekommen – von den Vereinen. Allein in der Bundesliga dürften in der vergangenen Saison bis zu 200 Millionen Euro in die Taschen der Berater geflossen sein, die damit an der Explosion der Spielergehälter partizipieren.

Nun, im Zuge der Pandemie, sind es auch diese Zahlen, die herangezogen werden, um dem Profi-Fußball ein grundlegendes Problem zu bescheinigen. Längst sind es nicht mehr nur die Ultra-Fans, die unter der Devise „Der Fußball lebt, das System ist krank“, grundsätzliche Reformen anmahnen. Auch in der Politik und aus der Branche selbst mehren sich die Stimmen, die fordern, dass das „schneller, höher, weiter“ der vergangenen Jahre ein Ende haben müsse.

Goldene Steaks

Die Branche gibt sich nachdenklich. „Es steht außer Frage, dass künftig Nachhaltigkeit, Stabilität und Bodenständigkeit zu den entschei-

„Beim Fußball gibt es keine Parteigrenzen.“

denden Werten gehören müssen“, schreibt die Deutsche-Fußball-Liga (DFL). Der Dachverband der 36 Proficlubs hat eine Task Force „Zukunft Profifußball“ ins Leben gerufen. „Offensichtlich hat die Bundesliga durch Spielergehälter, Ablösesummen und auch einige Bilder, die sie selbst produziert hat – Stichwort „goldene Steaks“ – damit teilweise ein Bild von sich erzeugt, das ein Teil der Menschen nicht akzeptieren kann“, sagt DFL-Geschäftsführer Christian Seifert im Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Gehaltsobergrenzen, sogenannte salary caps nach Vorbild der US-Profiligen, und die Pflicht zur Bildung von Rücklagen sind im Gespräch.

Späte Einsichten

Nun kann man sich durchaus fragen, warum es erst ein Virus brauchte, damit der deutsche Fußball die Politik der vergangenen Jahre in Frage stellt. Vor einer Implosion des Systems und vor einer immer größer werdenden Distanz zwischen dem Profifußball und seiner Basis hatten Wissenschaftler, Journalisten, Fans und Politiker seit Jahren gewarnt, während sich auch die DFL alle Jahre wieder für noch höhere Abschlüsse bei den TV-Geldern feiern ließ. Zuletzt waren es 4,64 Milliarden Euro für vier Jahre.

Doch selbst wenn man einzelnen Vertretern in Vereinen und Verbänden durchaus glauben kann, dass sie Reformbedarf sehen – ob eine Trendumkehr gelingt, ist ungewiss. Anfang Juni erschien in den „Badischen Neuesten Nachrichten“ ein Text über Gordon Stipic, einen der großen Spielerberater auf dem deutschen Markt. In dankenswerter Offenheit gab er zu Protokoll, dass er nicht mit Einschnitten rechne – weder bei den Gehältern für die Topspieler noch bei den eigenen Provisionen: „Die Fußball-Welt ist so gestrickt: Wenn Sie einen Spieler haben, den Bundesligisten, zwei Clubs aus der Premier League und vielleicht einer aus La Liga haben wollen, dann werden sie sich alle wieder gegenseitig überbieten. Gehaltsdeckelungen wird man im europäischen Fußball nicht sehen.“

Mit dem Lambo ...

In den Tagen zuvor hatten einige weitere Ereignisse Zweifel daran geweckt, dass die Branche aus der Krise überhaupt lernen will.

So kursierte im Netz ein von Hans-Joachim Meyer, dem Vater des ehemaligen Schalke-Profis Max Meyer (Crystal Palace), gedrehter Clip, in dem er sich bei einer Fahrt mit seinem Lamborghini filmt: „Besser geht nicht, Männer! Durch die verbotene Stadt Gelsenkirchen ab zum Steuerberater. Schön mit dem bezahlten Lambo vom Pleiteklub. Herrlich!“

Was alles aus diesem Clip spricht – Verachtung für die Stadt und deren Einwohner, Spott über den Verein – dürfte vielen Schalke-Fans zu denken geben. Zum Tragen kam hier das gleiche Neureichen-Gehabe, wie man es Wochen zuvor bei Vedad Ibisevic beobachten konnte, als Kollateralschaden eines Clips, in dem der daraufhin suspendierte Profi Salomon Kalou offenlegte, wie lax beim Hauptstadtclub Hertha BSC die Hygienevorschriften gehandhabt wurden. Ibisevic jedenfalls echauffiert sich in dem Video, dass ihm statt der vereinbarten zehn Prozent angeblich elf als Corona-Solidaritätsabgabe vom Gehalt abgezogen wurden. Rechnet man die Replik von Mitspieler Per Skjelbred („3.000 hier, 5.000, 3.000 da.“) hoch, darf man davon ausgehen, dass bei der Hertha Gehälter zwischen dreieinhalb und sechs Millionen Euro per anno normal sind. Manuel Neuer wird in den kommenden vier Jahren 18 Millionen Euro pro Jahr verdienen. Ohne Prämien wohlgemerkt. Den entsprechenden Vertrag hat der Nationaltorhüter übrigens mitten in der Krise ausgehandelt.

Es ist noch völlig offen, ob Corona-Auflöser einer Katharsis werden wird. Oder ob es so sein wird wie beim Suizid von Robert Enke, der kurzzeitig Nachdenklichkeit auslöste, an den Mechanismen des Profifußballs aber nichts geändert hat.

Reine Kommerzmaschine?

Der Profifußball wäre gut beraten, in sich zu gehen. Zwar gab es in den vergangenen Wochen durchaus auch positive Beispiele von Spielern, die alten und gebrechlichen Anhängern ihres Vereines Lebensmittel lieferten – selbst dann, wenn keine Journalisten dabei waren. Auch die Initiative „We kick Corona“ der Bayern-Profis Leon Goretzka und Joshua Kimmich sorgte für positive Schlagzeilen. Doch sie wurden von anderen Eindrücken überlagert.

Dass Vereine mit hunderten Millionen Euro Umsatz innerhalb weniger Wochen am



Es ist Derby, doch kaum einer kommt rein: Flatterband vor den Eingängen des Signal Iduna Parks. Mitte Mai wurde die Liga wieder angepfiffen. Im Stadion die Mannschaften von Borussia Dortmund und Schalke 04. Die Fans blieben draußen.

Rand der Insolvenz stehen, hat viele Menschen ebenso schockiert wie die Tatsache, dass viele Vereine, die ihren Spielern Millionengehälter zahlen, keinerlei Skrupel hatten, die Kosten der Corona-Krise auf den Steuerzahler abzuwälzen. Dutzende Proficlubs schickten ihre Angestellten auf den Geschäftsstellen im Frühjahr in Kurzarbeit. Das Image des Profifußballs hat all das nicht gefördert. Als der immer vehementer einen baldigen Neustart des Ligabetriebs forderte, zeigten sich viele Funktionäre dennoch überrascht, wie schlecht dieses Ansinnen bei weiten Teilen der Gesellschaft ankam.

Krach von der Basis

Auf den ersten Blick mag es überraschen, dass die Fronten zwischen Befürwortern und Gegnern eines schnellen Neustarts genauso durch den Fußball gingen wie sie durch die politischen Parteien verliefen – nur ungleich unerbittlicher. Denn während sich die Unionspolitiker Armin Laschet (CDU) als Vertreter einer „weichen“ und Markus Söder (CSU)

VERKEHRSRECHT

Lernhilfen, Tests und Klausuren mit Lösungen

Von **Karl-Peter Conrads** und **Bernd Brutscher**.



3. Auflage 2020

Umfang: 216 Seiten

Format: 16,5 x 24 cm, Broschur

Preis: 24,00 € [D]

ISBN 978-3-8011-0875-5

Mit insgesamt 25 Tests und 15 Klausuren bietet dieses Buch angehenden Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten eine wertvolle Unterstützung beim Angehen und Lösen von Klausuren und Prüfungen zum Thema Verkehrsrecht während der gesamten Ausbildungszeit bzw. des Studiums. Gegliedert in fachspezifische Teilklausuren (Tests) und Komplettklausuren werden die Lösungen jeweils in der Form eines Konzeptbogens und als ausformulierter Text angeboten. Dies ermöglicht dem Leser ein schrittweises-modulares Erlernen und Verfestigen der Klausurtechniken und die Erfassung praxisgerechter Inhalte. Für die Neuauflage wurde das Werk aktualisiert, der aktuellen Rechtslage angepasst und um eine Klausur erweitert. Insbesondere § 315d StGB „Verbotene Kraftfahrzeugrennen“ und verkehrsrechtliche Fragestellungen bei E-Scootern wurden von den Autoren eingearbeitet.



DIE AUTOREN

Karl-Peter Conrads, Erster Polizeikommissar a.D., Lehrbeauftragter für Verkehrsrecht an der HSPV NRW, Studienorte Aachen und Mülheim.

Bernd Brutscher, Polizeirat a.D., Dozent für Verkehrsrecht und Verkehrslehre an der FHSV des Saarlandes.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Gekontert: Die Kritik am Auftreten des Profifußballs macht auch vor Geisterspielkulissen keinen Halt.



Foto: PressefotoBaumrat/Alexander Kappeler

als Vertreter einer „harten“ Linie zumindest in den Grundzügen der Corona-Politik einig waren, verliefen die Extrempositionen im Fußball weitaus unversöhnlicher.

Die DFL (und für die Dritte Liga zeitverzögert der DFB) forderten einen möglichst frühen Neustart des Spielbetriebs und begründeten das mit drei Argumenten: Zum einen drohe vielen Vereinen ohne die an den Spielbetrieb gebundene vierte Tranche der TV-Gelder der finanzielle Ruin, zum anderen beschäftige der Profifußball tausende Menschen. Und zum Dritten lechzten viele Menschen in Corona-Zeiten nach Zerstreung und freudiger Abwechslung.

Gründlich reformieren

Es waren die Ultras, die die Gegenposition am deutlichsten und lautesten artikulierten. Nur, dass sie diesmal keine Forderungen stellten, die nur ihre Zielgruppe betrifft, Außenstehende aber oft befremdet. In Sachen Neustart artikulierten die Ultras ein Unbehagen, das die Mitte der Gesellschaft teilt. Sie empfinden Corona als massive Zäsur in allen Lebensbereichen und finden, es gebe schlicht Wichtigeres als das Fortführen der Saison. Zudem sehen sie die Pandemie als Anlass, den Profi-Fußball gründlich zu reformieren.

Ein großer Teil der Erklärung der „Fanszenen Deutschland“, einem losen Dachverband fast aller Ultraszenen der Republik, ist eine grundsätzliche Kritik am Profifußball. Seit langem hätten Fans nachhaltigeres Wirtschaften angemahnt und immer wieder die Explosion der Spielergehälter und die mangelnde Solidarität zwischen großen und kleinen Vereinen kritisiert. Doch erst in Corona-Zeiten zeigen sich auch die Vereinsvertreter besorgt, die vorher alle Bedenken beiseite gewischt hätten. Der Profifußball sei „längst krank genug“ und gehöre „weiterhin in Quarantäne“. Anstatt eine Sonderbehandlung zu fordern, solle er darüber nachdenken, warum „ein System, in das in den letzten Jahren Geldsummen jenseits der Vorstellungskraft vieler Menschen geflossen sind, innerhalb eines Monats vor dem Kollaps steht“.

Wir brauchen das TV-Geld

Im Gegensatz zu früheren Forderungen aus Fankreisen stößt das Schreiben auf breiten

Widerhall in der Gesellschaft. Der Eindruck ist weitverbreitet, dass es bei der ganzen Debatte vor allem darum geht, die überdehnten Etats der Vereine nicht kollabieren zu lassen. Und das in Zeiten, in denen noch flächendeckend Kitas und Schulen geschlossen sind, und sich Millionen von Menschen existenzielle Sorgen um ihre Zukunft machen. Genau das gibt der Sportdirektor des Zweitligisten Karlsruher SC, Oliver Kreuzer, zu, als er die Klage über ein erhöhtes Verletzungsrisiko nach der langen Trainingspause wie folgt erwidert: „Ob das Wettbewerbsverzerrung ist oder ob Teams dann überhaupt noch konkurrenzfähig sind, das interessiert nicht. Wir brauchen das TV-Geld, deshalb muss gespielt werden.“

Das ist allerdings eine Argumentation, die auch innerhalb des Fußballs für Empörung sorgt. In vielen Amateurvereinen, denen während der Corona-Krise scharenweise Sponsoren und Mitglieder weglaufen, herrscht teils regelrechte Wut auf die Verbände und großen Vereine. Die nutzen ihre mediale und wirtschaftliche Macht geschickt, während hunderttausende Fußballer im Ligabetrieb unterhalb der Dritten Liga (die Ende Mai ebenfalls startete), keinerlei Perspektive aufgezeigt bekommen, wann wieder mit einem Spielbetrieb zu rechnen sein könnte.

Im Falschen Film

Auch die Kritik an „Finanzexzessen und mangelnder Rücklagenbildung“ haben die Fans nicht exklusiv. Augsburgs Präsident Klaus Hofmann wäht sich „im falschen Film“, als er hört, dass „Vereine, die ein paar hundert Millionen Euro Umsatz machen, ihre Geschäftsstellenmitarbeiter in Kurzarbeit schicken.“ Dass die inhaltliche Argumentation von „Fanszenen Deutschland“ weit über die Ultraszenen hinaus Rückhalt genießt, zeigen zwei Umfragen. Die Frage, ob man sich „nach dem Re-Start der Bundesliga mit Geisterspielen anfreunden“ könne, beantworten von 180.000 Teilnehmern einer Umfrage im Fußballmagazin „Kicker“ nur 42,2 Prozent mit „ja“ und 57,8 Prozent mit „nein“. Wohl gemerkt: Es handelte sich um eine Abstimmung unter Fußball-Interessierten. Im ZDF-Politbarometer fällt das Ergebnis noch deutlicher aus: 32 Prozent befürworten den Neustart.

Insgesamt dürften die Ultraszenen aus zwei Gründen mit einem besseren Image aus der Krise hervorgehen. Einerseits, weil ihre Kritik am frühen Neustart gut begründet und gesamtgesellschaftlich anschlussfähig war. Andererseits, weil sie in die Gesellschaft hineinwirkten. Im März und April gab es in größeren Städten kaum einen Supermarkt und kaum ein Krankenhaus, vor dem nicht Transparente lokaler Ultra- oder Supporters-Gruppen gehangen hätten, auf denen die sich bei den „wahren Helden“ der Corona-Krise bedankten. Das und die Tatsache, dass fast alle Gruppen Einkaufshilfen für bedürftige Einwohner ihrer Städte organisierten und durchführten, haben viele Menschen positiv registriert, die Ultras bis dato – wenn überhaupt – als verummte Krawallmacher und Pyrotechnik-Fetischisten wahrgenommen hatten.

Im Verhältnis zwischen Polizei und Ultraszenen dürfte Corona allerdings kaum etwas ändern. Die wechselseitigen Aversionen sind über Jahre eingeschliffen, zuweilen haben Beobachter den Eindruck, dass beide Seiten mit ihren wechselseitigen Feindbildern bestens leben können. Die Themen „Polizei“ oder „Pyrotechnik“ dürften zudem in naher Zukunft zunächst einmal keine prominente Rolle spielen – dazu war Corona und das aus Sicht vieler Fans sich selbst entlarvende Verhalten des Profifußballs zu einschneidend.

Wer soll das bezahlen?

Schwieriger ist eine Prognose, welche politischen Folgen Corona zeitigen wird, zum Beispiel, wenn es um eine mögliche Neubewertung der Frage geht, welche Instanz die Kosten für Polizeieinsätze bei Risikospielen übernimmt.

Es gibt gute Argumente gegen eine direkte Finanzierung von Polizeieinsätzen beim Fußball durch die Vereine. Dass Sicherheit in einer Demokratie eine hoheitliche Aufgabe ist und nicht privatisiert werden sollte, ist eines davon. Folgt man der Logik, dass der Fußball Gewalt anlockt und deshalb für deren Einhegung bezahlen muss, könnte man demnach auch die Veranstalter mancher Demonstrationen oder kultureller Veranstaltungen zur Kasse bitten, wenn die aus dem Ruder laufen. Das ist die eine Seite. Man kann es aber durchaus skandalös



Foto: GdP/Hagen/Immel

DP-Autor Christoph Ruf

ist ein Kenner des Fußballs. Der studierte Politikwissenschaftler arbeitete als Redakteur für Sport und Politik zunächst in Freiburg, später dann bei „Spiegel-online“ und ist heute als freier Journalist für renommierte Zeitungen und Nachrichtenmagazine tätig. Sein Fanherz schlägt für den Karlsruher SC.

finden, dass Bundesländer, in denen in lebenswichtigen Bereichen wie Bildung, Kultur oder Infrastruktur harte Einsparungen durchgeführt werden, teure Polizeieinsätze finanzieren sollen, während eine milliardenschwere Branche das als Gratis-Dienstleistung genießt.

Zumal Vereins- und Verbandsvertreter ihre erbitterte Gegnerschaft zu höheren finanziellen Beiträgen immer wieder damit begründeten, dass sie ja bereits jetzt schon hohe Steuern zahlten. Auch in dieser Hinsicht sind in Corona-Zeiten vielerorts die Masken gefallen. So hat Drittligist 1. FC Kaiserslautern, der nur deshalb noch als Profiverein existiert, weil ihm das Land Rheinland-Pfalz und die Kommune immer wieder massiv unter die Arme gegriffen haben, sofort nach Ausbruch der Pandemie die Zahlungen für die Stadion-Pacht aufgekündigt. Fast alle Vereine haben zudem Kurzarbeiter-

geld angemeldet. Das auch aus anderen gesellschaftlichen Bereichen bekannte Prinzip, dass Gewinne privatisiert und Verluste verallgemeinert werden, schlug voll durch.

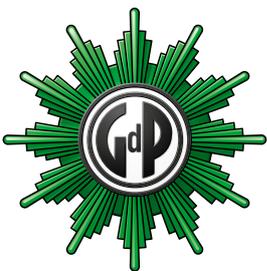
Bedenkenswert wäre also vielleicht eine Debatte über den Kompromissvorschlag von Bremens Innensenator Ulrich Mäurer (SPD), der einen Topf einrichten will, aus dem alle betroffenen Länder Zuschüsse zu ihren Risikospiele erhalten. Mäurer schwebt ein Betrag von rund 30 Millionen Euro pro Jahr vor. Angesichts der Milliarden-Umsätze der Branche ist das definitiv zumutbar, wenngleich eine Staffelung zwischen den reichen Champions-League-Clubs und klammeren Zweitligisten integriert werden sollte.

Ein solches Modell hätte den Vorteil, dass es sich um einen globalen finanziellen Beitrag zur Sicherheit handeln würde und nicht einzelne Einsätze unbesehen finanziert werden müssten – wie viele Hundertschaften

gegebenfalls angefordert werden, ist nach Ansicht vieler Beobachter ja auch abhängig von politischen Konjunkturen und den jeweiligen Entscheidungsträgern vor Ort.

Norbert Walter-Borjans, SPD-Bundesvorsitzender und bis 2017 Finanzminister in Nordrhein-Westfalen, hat im März „Sport Inside“ ein bemerkenswertes Interview gegeben: „Die großen, namhaften Bundesligavereine haben immer den Staat auf ihrer Seite“, klagt er. „Wenn es um Fußball geht, tun sich alle Parlamentarier schwer, klare Kante zu zeigen. Beim Fußball gibt es keine Parteilinien.“ Die Diskussion um den Neustart nach der Corona-Pause hat Borjans Sicht der Dinge bestätigt. Allerdings betont der Profi-Fußball dieser Tage ständig als Konsequenz aus der Corona-Krise, dass er eine gesellschaftliche Verantwortung habe, die er stärker mit Leben füllen will. Es wäre nun Zeit, ihn beim Wort zu nehmen. ■

ANZEIGE



GdP-Plus Partner

Dein schnellster Weg zu attraktiven Angeboten

Das GdP-Plus Partner-Programm der GdP

Unser exklusives Vorteilsprogramm für Dich als GdP-Mitglied und Deine Familie. Wir bieten Dir gemeinsam mit unseren starken GdP-Plus Partnern große Vorteile in Form besonders attraktiver Angebote*.

Hast Du Fragen oder Anregungen?

Dann schreib uns eine E-Mail oder ruf an. Reinhard Kaufmann hilft Dir gerne weiter.
E-Mail gdp-plus@gdp.de • Telefon 0211 7104 250



Nutze den Easy-Login!
www.gdp.de
> GdP-Plus



ERLEBEN, WAS VERBINDET.



Willkommen in der GigaRepublik



Ihre Vorteile als GdP-Mitglied



Das clevere Fahrradleasing

Aufsatteln. Fertig. Los.

*Bitte beachtet hierbei, dass Euer Vertragspartner das jeweilige Unternehmen ist!

Hingeschaut



Ermittlungen nach dem Sprengstoffanschlag auf den Mannschaftsbus von Borussia Dortmund Mitte April 2017.

SICHERHEIT

Sportstars im Fokus des Verbrechens

Sportler stehen in der Öffentlichkeit. Die sozialen Medien multiplizieren ihre Präsenz um ein Vielfaches. Steigt für sie damit die Gefahr, womöglich Opfer schwerer Verbrechen zu werden? Die Betroffenen sollten für eine solche Entwicklung gewappnet sein. Die Autoren plädieren dafür, Personenschutz als relevante, eigenständige Sportsicherheits-Disziplin zu etablieren.

Oliver Graf, Dr. Stefan Goertz

„Muss Mannschaftssicherheit und personenschutzspezifisches Krisenmanagement von den Vereinen ganzheitlicher gedacht werden? Unbedingt.“

Paris, 13. November 2015

Frankreich und Deutschland treffen in einem Freundschaftsspiel aufeinander. Drei islamistische Selbstmordattentäter (SMA) versuchen in das mit 80.000 Zuschauern vollbesetzte Stade de France zu gelangen. Kurz nach Neun, in der 16. Spielminute, wird die erste sogenannte Unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtung (USBV) eines Selbstmordattentäters vor dem Tor D gezündet. Der Täter kann die gründlichen Sicherheitskontrollen der Schleusenkräfte nicht überwinden. Die Explosion tötet ihn sowie einen Stadionbesucher und verletzt Umstehende, darunter Mitarbeiter der Sicherheits- und Ordnungsdienste.

Die Sprengvorrichtungen der zwei weiteren Terroristen detonieren an unvorhergesehenen Orten außerhalb des Stadions, beide in der Nähe von Restaurants. Die Terroristen hatten offenbar den Plan, sich als „Suicide Bombers“ auf den Zuschauertribünen in die Luft zu sprengen, – vor laufenden Kameras. Bilder, die um die Welt gegangen wären. Ein weiterer Attentäter sollte vor dem Stadion in einem Hinterhalt warten und mit einem sogenannten Second Hit flüchtende Besucher angreifen.

Die drei Selbstmordattentäter schafften es nicht ins Stadion. Das ist vor allem der fokussierten Aufmerksamkeit und Handlungssicherheit der Schleusenkräfte zu verdanken. Diese waren nachweislich – unter Stressbedingungen – für die Identifizierung potenziell gewaltbereiter Personen sensibilisiert und ausgebildet worden. Stichworte hierbei sind: „Situational Awareness“ und die „Einschätzung von kritischen Bewegungsmustern in der taktischen Annäherung psychisch auffälliger, auch terroristischer, Täter.“ Ein Beispiel für ein gut umgesetztes Stadionsicherheitsmanagement mit klaren Arbeitsanweisungen und effektiven Schulungs- und Trainingsmaßnahmen.

Hannover, 17. November 2015

Wenige Tage später: Das deutsche Nationalteam soll auf die Niederländer treffen. Eine symbolhafte Veranstaltung unter dem Motto: Dem Terror nicht beugen! Neunzig Minuten vor Anpfiff wird das Match der Deutschen gegen die Niederlande wegen einer „akuten Gefährdungslage“ abgesagt. Ne-

Die bessere Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst.

Ihre Vorteile auf einen Blick

- ✓ **Speziell ausgebildete Berater**
für den öffentlichen Dienst
- ✓ **Attraktive Produktvorteile**
wie z. B. 0,- Euro Girokonto¹ für
Berufsstarter, Zinsrabatte für
Finanzierungen und günstige
Versicherungstarife
- ✓ **Exklusive Vorteilsangebote**
für Mitglieder von Gewerkschaften
und Verbänden
- ✓ **Informative Ratgeber und
regelmäßige Newsletter**
mit aktuellen Informationen aus
dem öffentlichen Dienst
- ✓ **Interessante Veranstaltungen**
wie z. B. Exklusive Abende für den
öffentlichen Dienst oder Fachvorträge
- ✓ **Seit fast 100 Jahren
Erfahrung und Kompetenz**
als Bank für Beamte und den
öffentlichen Dienst

¹ Voraussetzungen: BBBank-Junges Konto mit Online-Überweisungen ohne
Echtzeit-Überweisungen, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied bis
zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Danach erfolgt die Umwandlung in ein
Girokonto; Eingang Ausbildungsvergütung bzw. Gehalt/Bezüge ab Ausbildungs-
beginn/Berufsstart. Stand: 29.01.2020.

Interesse geweckt?

Wir sind für Sie da:
in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon 0721 141-0,
E-Mail info@bbbank.de
und auf www.bbbank.de/gdp

Folgen Sie uns



BB
Bank
Better Banking

Oliver Graf M.A

ist Sicherheitsmanager im Fußball (SRH Hochschule Heidelberg, DFB, DFL) und Geschäftsführer der PROTEUS.one GmbH. Er war acht Jahre beim Bundeskriminalamt in den Bereichen Terrorismusabwehr sowie Personenschutz (Bundespräsident) beschäftigt und betreut heute Sportverbände, Vereine und Spieler im Sicherheits- und Krisenmanagement.

Foto: Boris Giesl



bulös beantwortete Bundesinnenminister Thomas de Maizière Fragen zu den Hintergründen: „Ein Teil dieser Antworten würde die Bevölkerung verunsichern.“ Womöglich eine unglückliche Aussage, aber die Umschreibung dessen, was später bekannt gemacht werden sollte: Den Behörden lagen zwei Terrorwarnungen vor. Ein Anschlag sollte im Stadion, ein weiterer anschließend im hoch frequentierten Hauptbahnhof verübt werden. Hinweise des Bundesamtes für Verfassungsschutz waren der Ausgangspunkt für die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft gewesen. Danach hatte „eine Gruppe von mindestens fünf Attentätern Sprengstoffanschläge auf das Fußballländerspiel in Hannover sowie auf den öffentlichen Nahverkehr der Stadt“ geplant. Gut ein halbes Jahr vor Anpfiff der Fußball-Europameisterschaft in Frankreich Anlass genug für eine große Verunsicherung im Fußballgeschehen.

Die Sicherheitsplanungen der Sportverbände mussten zwangsläufig angepasst werden. Zahlreiche Spieler sorgten sich berechtigterweise um ihre persönliche Sicherheit und um ihre Familien und Freunde, die den Mannschaftstross zum Turnier begleiten wollten. Stimmen wurden aus den Mannschaften der Bundesligavereine laut. Sie alle artikulierten ein klares Interesse an Personenschutz. Immerhin: Ein paar wenige Clubs etablierten „Mannschaftssicherheit“ ad hoc als eigenes Ressort ihrer Sicherheitsorganisationen. Manche Spitzenprofis und Spielerberater fragten verunsichert, ob persönliche, direkte Gefährdungen für die Sportler existierten.

Dortmund, 11. April 2017

Am Abend, kurz vor dem Champions League Spiel gegen AS Monaco, verübt ein Täter einen Sprengstoffanschlag auf den Mannschaftsbus von Borussia Dortmund. Drei Sprengsätze explodieren während der Fahrt vom Hotel zum Stadion. Der spanische Abwehrspieler Marc Bartra wird verletzt und in derselben Nacht operiert. Noch heute berichtet Bartra, wie auch Teamkollegen, von psychischen Nachwirkungen. Übrigens: Ein begleitender Motorradpolizist erleidet an jenem Abend ein Knalltrauma und einen Schock. Nur weil der mittlere und potenziell gefährlichste der drei Sprengsätze zu hoch

angebracht ist und über den Bus hinweg detoniert, bleiben schlimmere Folgen aus. Das Champions League Spiel wird auf den Folgetag verlegt. Das führt zu heftigen Kontroversen und deutlicher Kritik an Dachverband und Vereinsführung. Für den BVB endete das Spiel mit einer Niederlage von 2:3.

In der Nähe des Tatortes finden Ermittler drei textgleiche Bekennerschreiben. Sie alle werden forensisch ausgewertet. Zehn Tage später: Ein dringend Tatverdächtiger wird festgenommen und später zu 14 Jahren Haft verurteilt.

Krisenmanagement ganzheitlicher denken

Muss Mannschaftssicherheit und personenschutzspezifisches Krisenmanagement von den Vereinen ganzheitlicher gedacht werden? Unbedingt. Bis dahin dominierte die Stadiونسicherheitsperspektive die persönliche Sicherheit von Spielern, Trainern und Funktionären. In der Ruhrgebietsstadt Dortmund aber ereignete sich der Übergriff im Umfeld der Hotelanlage, an einer sogenannten Pflichtfahrstrecke. Wäre der Begleitschutz im Vorfeld durch ein sogenanntes Raum-, Strecken- und Objekt-Aufklärungskonzept ergänzt worden, hätte man die Sprengsätze möglicherweise entdecken und den Anschlag verhindern können. Internen Quellenberichten zufolge wurde deutlich, dass der Verein im Ernstfallmanagement nicht professionell genug aufgestellt war.

Sammer-Familie sollte entführt werden

Die Familie des Fußballprofis Matthias Sammer ist 1999 nur knapp einer geplanten Entführung entgangen. Ein Kidnapper-Trio wollte Sammers Frau und die gemeinsame Tochter – wenn nötig, auch bewaffnet – entführen und 1,8 Millionen Mark Lösegeld erpressen. Das Vorhaben flog auf, weil einer der Delinquenten der Polizei einen Tipp gab. Die 41 und 56 Jahre alten Haupttäter gingen mit langjährigen Haftstrafen ins Gefängnis, die Familie wurde vorübergehend in ein Personenschutzkonzept einbezogen.

Ein ähnliches Beispiel kommt aus der Tenniswelt. Zwei maskierte Männer kidnapten im Sommer 2018 den 85-jährigen

Großvater der Frau des langjährigen Weltanglistenersten Novak Djokovic. Die Tat ereignete sich an dessen Wohnhaus rund 50 Kilometer vor den Toren Belgrads. Den älteren Herrn ließen die Täter an einem Strommast gefesselt in einem Feld zurück. Die seelischen und psychosozialen Folgen waren erheblich.

London, Juli 2019

Ex-Nationalspieler Mesut Özil und sein Teamkollege Sead Kolasinac von Arsenal London wurden im Sommer 2019 in London Opfer eines versuchten Raubüberfalls. Özil flüchtete in ein Restaurant, Kolasinac schlug die mit Messern bewaffneten Angreifer in die Flucht. Die Täter hatten beide Spieler und die Ehefrau Özils bereits beim Einsteigen in das Fahrzeug beobachtet. Offenbar hatten sie es auf Luxusuhren abgesehen. Der Saisonstart musste für beide Spieler aus medizinischen Gründen aufgeschoben werden.

Einschlägige Studie

Die Beispiele zeigen, dass Sport und Sicherheit facettenreicher gesehen und bewertet werden müssen als zuvor. Eine Forschungsarbeit, vorgelegt an der privaten SRH Hochschule Heidelberg, beschäftigt sich mit dem Thema „Personenschutz im Profifußball.“ Die Basis der Studie bilden die an der Universität Maryland geführte Global Terrorism Database (GTD) sowie umfangreiche Presse- und Internet-Recherchen. Es wurden zehn relevante Risikoaspekte definiert und auf mögliche Ursachen und Folgen untersucht. Auf dieser Basis führten die Forscher ausführliche Interviews mit Spielern, Spielerbetreuern, Funktionären und Sicherheitsbeauftragten.

Der Studienansatz orientierte sich an Fragen der Reisesicherheit im Sport. Zielgruppen dieser Untersuchung waren die Fußball-Bundesliga sowie die deutsche Fußballnationalmannschaft der Männer.

Die „Mannschaft“ wurde wegen ihres hohen Symbol- und Angriffsreizwertes ausgewählt. Experten bescheinigten ihr im Zusammenhang mit terroristischen Bedrohungsrisiken durch den IS besondere Relevanz. Profifußballer sind zudem ein wesentlicher Gegenstandsbereich der Sport-



Dr. rer. pol. Stefan Goertz

Diplom-Politologe, Hochschullehrer an der Hochschule des Bundes, Fachbereich Bundespolizei in Lübeck. Forschungsschwerpunkte sind islamistischer Terrorismus, Organisierte Kriminalität, Radikalisierungsforschung sowie der Cyber- und Informationsraum.

Foto: M. Frauenkron

sicherheit, weil „Star“-Charakter, starke öffentliche Sichtbarkeit mit Vorbild-Funktion und hohe Aufmerksamkeits- und Wiedererkennungsfaktoren eine kritische Mischung eingehen. Die Auswahl erhält zusätzliche Brisanz, weil Spieler durchweg als sehr vermögend eingeschätzt wurden. Unter dem Strich stellen sich die Profikicker nicht nur für Paparazzi und Fans, sondern gleichermaßen für Kriminelle, unter Umständen auch terroristische Gewalttäter, als „interessante „Zielgruppe“ dar.

Erschwert wird eine professionelle Bearbeitung des Themas „Personenschutz“ im Profifußball durch uneinheitliche Qualitäts- und Qualifikations-Standards. Dazu kommt das „Bodyguard“-Image, das der Branche in der Öffentlichkeit mehr Schaden als Nutzen bringt. Was genau zeichnet professionellen Personenschutz aus? Es ist „die Gesamtheit aller zum Schutz einer Person ergriffenen Maßnahmen dar. Begleitschutz ist der Teil des Personenschutzes, der sich auf den Schutz einer Person durch persönliche Begleitung bezieht.“

Die Abteilung „Sicherungsgruppe“ (SG) des Bundeskriminalamtes (BKA) unterscheidet vier Hauptaufgaben des staatlichen Personenschutzes in Deutschland. Prinzipiell wenden auch private Sicherheitsdienstleister dieses Modell an:

- Die anlassbezogene oder wiederkehrende Analyse, Bewertung und Kategorisierung von Gefährdungen, um erforderliche Maßnahmen abzuleiten.
- Begleitschutz und Aufklärung.

→ Innenschutz der Gebäude, in denen sich die zu schützenden Personen dauerhaft oder vorübergehend aufhalten.

→ Baulich-technische Sicherheitsberatung an Wohn- und Geschäftsgebäuden und Installation entsprechender Anlagen und Gerätschaften.

Sicherheit und Privatsphäre

Profifußballspieler stecken wie viele Prominente in der Zwickmühle: Sicherheit und Privatsphäre stehen in einer ständigen Abwägung zu Faninteressen und Popularität der betreffenden Personengruppe. Oft suchen Prominente selbst als Werbeträger oder Social Media-Nutzer die Öffentlichkeit. Angaben zum Vermögen von Fußballprofis werden von den Medien gerne verbreitet. Teils aufgeheizte Debatten um angemessene Einkommen von Profifußballern sind daher nicht selten.

Interessanterweise sind neben Drohungen gegen Spieler auch immer wieder Aktionen gegen Funktionäre, Betreuer oder Trainer Realität. Unter taktischen Aspekten ist ohnehin davon auszugehen, dass viele Bedrohungslagen für diese Personen als Teil einer Gruppe entstehen. Etwa wenn sie gemeinsam mit der Mannschaft zu Spielen an- oder abreisen. Fakt ist: Das Bedrohungspotenzial ist hoch und reicht von schwerer und organisierter Kriminalität über Terrorismus – überall.

„Unter dem Strich stellen sich die Profikicker nicht nur für Paparazzi und Fans, sondern gleichermaßen für Kriminelle, unter Umständen auch terroristische Gewalttäter, als „interessante „Zielgruppe“ dar.

Wo liegen die Schwachstellen?

Sicherheitsexperten bewerten einzelne Aspekte der Sportsicherheit oftmals anders als direkt Beteiligte. So wird die Stadionsicherheit im engeren Sinne, orientiert am „Zehn-Punkte-Plan für mehr Sicherheit im Fußball“ des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) und der Deutschen Fußball Liga (DFL), überwiegend mit „gut“ bewertet.

Die Reisesicherheit dagegen könnte und müsste womöglich nach Auffassung von Sicherheitsbeauftragten deutlich verbessert werden. Wirklich kritisch wird es aber im privaten Umfeld von Spielern und Funktionären.

Aus Interviews zu Einschätzungen der Risiken und des Schutzbedarfs ergab sich folgendes Bild: Neben der Qualität des Personenschutzes geht es im Wesentlichen um Prävention und die Bedeutung integrierter Sicherheitskonzepte innerhalb der Sportpolitik. Zudem stehen pro-aktives, an Szenarien orientiertes Denken, generell akzeptierte Sicherheitsprozesse und Fragen der Vor-Ort-Beratung im Fokus. Selbstverständlich müssen auch die Spieler und das Umfeld umfassend auf Sicherheitsrisiken und Bedrohungen hin sensibilisiert werden. Denkbar sind ebenso bewachte Parkplätze (Mannschaftsbusse während der Spiele) sowie eine entsprechende Qualifikation der Bus-Fahrer. Auch die Bewaffnung der Personenschützer wird als Option nicht ausgespart. ■

ANZEIGE

REISEMARKT

JETZT INFORMIEREN!
Viele Informationen und Tipps auf dem [Präventionsportal](#) der Gewerkschaft der Polizei

POLIZEI DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei
Das Präventionsportal

www.PolizeiDeinPartner.de

Action mit wasser-c-raft in Tirol

Spezial Polizeiangebote:
Raft- & Canyontour €/Person 123,-
Unterkunft über uns buchbar.

Infos: +43 5252 6721
office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at

SOMMER PAUSCHALE ALL IN ONE

1 Woche Halbpension & Silvrettacard ab € 448,-

KOSTENLOS INKLUSIVE
Alle Bergbahnen in Paznaun/Silvretta,
Wanderbus, Frei- u. Hallenbäder,
Badensee, gef. Wanderungen, MTB
Verleih, Wellness. Kinderermäß.,
Wander- u. Kinderprogramm vom TVB
Vieles neu ab Sommer 2019!

POST HOTEL
★★★★
Fam. A. Handle
A-6553 See, Au 164
T +43-5441-8219

www.postsee.at info@postsee.at

Hingeschaut

Als die Verkehrsexpertinnen und -experten des Deutschen Verkehrsgerichtstages Anfang des Jahres im bergischen Harz über maritime Sicherheit diskutierten, war von dem Coronavirus noch keine Rede. Dann brachen die Pandemiebeschränkungen auch über die Anbieter von Schiffsreisen herein. Zu hören ist, dass vor 2021 wohl kein Kreuzfahrtschiff auf große Fahrt gehen wird. Positiv könnte sein, dass es nunmehr Zeit genug gibt, die Sicherheit an Bord auf den Prüfstand zu stellen.



Januar 2012: Spektuläre Havarie der „Costa Concordia vor der italienischen Insel Giglio.

58. DEUTSCHER VERKEHRSGERICHTSTAG

Sicheres Kreuzfahren

Havarien mit Kreuzfahrtschiffen wie die der „Costa Concordia“ im Januar 2012 vor der italienischen Insel Giglio oder zuletzt der „Viking Sky“ vor der norwegischen Küste im März 2019 stellen eine große Herausforderung an das Notfallmanagement dar.

Burkhard Klär

Die maritimen Verkehrsexperten haben Ende Januar in Goslar angesichts des anhaltenden Booms der Kreuzfahrt-Touristik weitere Verbesserungen der Sicherheitsbestimmungen und -vorkehrungen empfohlen. So sollen bereits bestehende Sicherheitsbestimmungen und -konzepte weiterentwickelt und angepasst werden. Besonderer Fokus gilt ihrer Eignung bei mehreren Tausend Personen an Bord sowie im Falle neuer Risiken und Terrorgefahren. Dies umfasse auch die Rettung eingeschlossener Personen auf gesunkenen Schiffen, zum Beispiel durch Tauchereinsätze. Ebenso seien internationale Vorschriften für Rettungskapazitäten zu überprüfen und die

Anwendung von technischen Sicherheitsinnovationen, wie für den Brandschutz und die Evakuierung zu fördern.

Der Verband der Kreuzfahrtindustrie (Cruise Lines International Association – CLIA) rechnet bis 2030 mit sechs Millionen deutschen Kreuzfahrern. 2018 waren es noch 2,2 Millionen. Weltweit sind inzwischen bereits 28,5 Millionen Urlauber per Schiff unterwegs. Dementsprechend werden auch die Schiffe immer größer. 2.500 bis 4.000 Passagiere sind keine Seltenheit mehr, mittlerweile gibt es schwimmende Städte, die 6.000 und mehr beherbergen. Bis 2027 werden weitere 124 Hochseekreuzfahrtschiffe in Betrieb genommen.

Rettungsübung keine Formalie

Kreuzfahrtschiffe unterliegen einem hohen internationalen Sicherheitsstandard und gelten als die sichersten Beförderungsmittel. Ab Kiellegung nach dem 1. Juli 2010 gelten für neue Kreuzfahrt-(Fahrgast-)schiffe ab einer Länge von 120 Meter die internationalen Sicherheitsvorschriften „safe return to port“. Danach müssen in einem Kreuzfahrtschiff die wesentlichen Systeme so beschaffen sein, dass nach bestimmten Brand- oder Überflutungskriterien das Schiff in der Lage ist, aus eigener Kraft in einen sicheren Hafen zu gelangen. So werden zum Beispiel der Antrieb und die Stromversorgung ebenso wie die Steuerung redundant ausgelegt. In jedem Fall kommt der Besatzung im bordeigenen Sicherheitskonzept eine zentrale Bedeutung zu. Ferner sollten Passagiere die Seenotrettungsübungen nicht als bloße Formalie verstehen, sondern aktiv mitwirken.

Dem 58. Deutschen Verkehrsgerichtstag zufolge sollen die Kreuzfahrtreedereien dafür sorgen, dass ausreichendes und qualifiziertes Personal für das Notfall- und Krisenmanagement an Bord zur Verfügung steht. Auch die Bundesregierung stehe nach Ansicht der Experten in der Pflicht, das Protokoll von 2002 zum 1974 beschlossenen Athener Übereinkommen (Haftung bei der Beförderung von Reisenden auf See) zügig zu ratifizieren. Damit werde eine verschuldensunabhängige Haftung bei einem Schiffsfahrt ereignis mit Körperverletzung oder Todesfolge eines Reisenden unter ein international einheitliches Recht gestellt. ■

Für das Abarbeiten maritimer Notfalllagen ist hierzulande das Havariekommando zuständig – eine gemeinsame Einrichtung des Bundes und der fünf Küstenländer. Ihm stehen staatliche und nicht-staatliche Führungs- und Einsatzmittel und speziell trainierte Einsatzkräfte zur Verfügung, die in verschiedene Fachkonzepte wie Brandbekämpfung und Verletztenversorgung eingebunden sind. Nur das Zusammenwirken aller Beteiligten auf staatlicher und privater Seite kann den komplexen Anforderungen an das maritime Notfallmanagement gerecht werden. Hierbei unterstützen bei Bedarf auch die Wasserschutzpolizeien der Küstenländer und die Bundespolizei mit Personal und Einsatzmitteln.

Im Gespräch

CORONA-PROTESTE

„Das Erregungslevel der Gesellschaft steigt“

Professor Uffa Jensen forscht am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin über „Zornpolitik“. Im Gespräch mit DP-Autor Thomas Gesterkamp ordnet der Historiker die Proteste gegen die Corona-Beschränkungen ein.

Thomas Gesterkamp

DP: Herr Jensen, vor drei Jahren haben Sie ein Buch mit dem Titel „Zornpolitik“ veröffentlicht. Was meinen Sie damit?

Uffa Jensen: Ich wollte verdeutlichen, wie mit der Produktion negativer Gefühle wie Zorn, Angst, Ekel oder Hass Politik gemacht wird. Wichtig war mir die Erkenntnis, dass wir Gefühle nicht einfach nur haben, sondern zum Beispiel unseren Zorn auch hegen und pflegen können. Emotionen haben zugleich den Vorteil, dass man sie nicht leicht kritisieren kann: Wer Angst hat, hat eben Angst – und wer bin ich, das zu bezweifeln? So kann man Zornpolitik jeder Kritik entziehen. Das beobachte ich gerade im Rechtspopulismus als eine wichtige Strategie. Mit dem Begriff im engeren Sinne meine ich vor allem das Vorhaben, ein Unrecht zu behaupten, das ich – scheinbar oder wirklich – erlitten habe und das mich dann in das Recht setzt, zornig auf den Schuldigen zu sein.

DP: Die Corona-Krise, so scheint es, weckt neuen Volkszorn. Der „Süddeutschen Zeitung“ berichteten Sie kürzlich von einem alltäglichen Erlebnis beim Spargelkauf. Was war los?

Jensen: Neben mir am Verkaufsstand unterhielt sich eine Frau mit einem Mann sehr angeregt und empört über die Corona-Lage. Sie schien die Maßnahmen der Regierung, die gegen die Verbreitung des Virus gerichtet waren, falsch zu finden. Zornig erzählte sie, dass ein Freund von ihr einen Brief mit fünf Fragen an Frau Merkel gesendet und keine Antwort erhalten hatte. Die Kanzlerin

kümmere sich nicht um die Sorgen der Menschen. Das sei doch keine Art, wie man mit den eigenen Bürgern umgehe.

DP: Warum hat Sie das ins Nachdenken gebracht?

Jensen: Mir führte das erneut vor Augen, was für ein Anerkennungsbedürfnis viele Leute gegenwärtig haben. Und wie leicht sie, wenn dies nicht erfüllt wird, das als Unrecht empfinden und es als Grund nutzen, zornig zu werden. Es ist doch einigermaßen absurd zu erwarten, dass eine viel beschäftigte Regierungschefin mir ihre ungeteilte Aufmerksamkeit widmet und jeden an sie gerichteten Brief persönlich beantwortet. Wenn ich jedoch fast schon auf der Suche nach einem Unrecht bin, um dann zornig werden zu können, erscheint das viel weniger sinnlos. Dann ist das eine Art Emotionstechnik, um politische Positionen zu begründen.

DP: An zahlreichen Orten demonstrieren Menschen gegen die Art, wie Entscheidungsträger die Seuche bekämpfen. Halten sie die Proteste gegen die Einschränkung von Grundrechten wie der Reise- oder Versammlungsfreiheit für gerechtfertigt?

Jensen: Natürlich sind Demonstrationen erlaubt und für eine Demokratie auch wichtig. Und dafür ist es auch nicht relevant, ob ich oder andere mit den Inhalten, die den Demonstranten wichtig sind, einverstanden bin.



Foto: Sascha Steinhilber

DP: Mancherorts haben Behörden sogar das Sonnenbaden oder das Lesen auf einer Parkbank untersagt, Grünflächen wurden ohne erkennbare Begründung gesperrt. Waren die staatlichen Schutzmaßnahmen in der Anfangsphase übertrieben und haben diese provoziert?

Jensen: Das mag im Einzelfall so aussehen. Es ging jedoch ganz grundsätzlich um soziale Distanz – und da war es einfach sinnvoll, zu Hause zu bleiben. Wir hatten es mit einer schwierigen, präzedenzlosen Situation zu tun, die völlig einmalige Reaktionen erforderte.

DP: Im Netz kursieren zahlreiche Verschwörungstheorien zu Corona, etwa über den US-amerikanischen Milliardär Bill Gates. Der Gründer von Microsoft spendete der Weltgesundheitsorganisation hohe Summen und ihm wird unterstellt, er wolle an künftigen Impfstoffen verdienen. Das ist nur ein Beispiel. Was macht dieses Denken so attraktiv?

Jensen: Verschwörungswissen – ich spreche nicht so gern von Theorien – ist sehr interessant. Wir sollten das nicht vorschnell als krudes Zeug lächerlich machen. Sondern besser fragen, wie es funktioniert und worin die Attraktivität liegt. Mir sind zwei Dinge wichtig: Zum einen liegt dem Verschwörungswissen ein durchaus demokratischer Grundzweifel zugrunde. Man glaubt nicht alles, was einem die Regierung oder die Medien vorsehen, sondern möchte die Hintergründe selbst erforschen. Nur bleibt es leider nicht dabei: Die Menschen, die an Verschwörungen glauben, haben ja nicht nur Fragen. Sie haben vor allem eindeutige Antworten, und in diesem festen Glauben an die Antworten liegt das Problem.

Zweitens erhalten Menschen durch Verschwörungswissen auch etwas. Diese blühen besonders in Phasen, die wie die jetzige von großer Verunsicherung und auch Ohnmacht geprägt sind. Die Menschen wissen nicht, wie ihnen geschieht. Verschwörungswissen gibt mir Kontrolle zurück. Ich weiß nun, was eigentlich vor sich geht. Zugleich bekomme ich gesagt, dass ich zu den wenigen Eingeweihten gehöre, zu einer Art Elite, die über alternatives Wissen verfügt. Das, was auf uns manchmal krude und irre wirkt, ist gerade der Versuch, mehr zu wissen als alle anderen.

„Unglaublicher Blödsinn, wie so vieles, was da hochgehalten wird. Ich sah vor kurzem ein Bild, wo der Virologe Christian Drosten mit dem Nazi-Schlächter Josef Mengele gleichgesetzt wurde. Das ist Verharmlosung des Holocaust, eine extreme Beleidigung und wahrscheinlich strafbar.



Zornpolitik, Uffa Jensen,
Edition Suhrkamp, 2017,
208 Seiten, 16 Euro,
ISBN 978-3518127209

DP: Auffällig an den Protesten ist auch die Präsenz von Impfgegnern. Eigentlich belegt die Pandemie doch auf drastische Weise, wie notwendig es ist, sich vorsorglich zu schützen. Stattdessen werden Impfungen noch vehementer abgelehnt. Warum?

Jensen: Auch hier geht es um Kontrolle. Die Impfgegner sagen: Mein Körper gehört mir und nicht den Medizinern oder der Regierung. Es ist eine radikale – und ebenso widersinnige wie schädliche – Selbstbehauptung.

DP: Es gab Berichte über Demonstranten, die Judensterne trugen mit der Aufschrift „Ungeimpft“. Was sagen Sie als Antisemitismus-Forscher dazu?

Jensen: Unglaublicher Blödsinn, wie so vieles, was da hochgehalten wird. Ich sah vor kurzem ein Bild, wo der Virologe Christian Drosten mit dem Nazi-Schlächter Josef Mengele gleichgesetzt wurde. Das ist Verharmlosung des Holocaust, eine extreme Beleidigung und wahrscheinlich strafbar. Es ist aber für mich als Forscher auch interessant, denn es hat mit dem besagten Unrecht und der Zornkonstellation zu tun. Man stilisiert sich durch den Judenstern als ultimativer Opfer, das künftig das Unrecht erleiden

den könnte, geimpft und damit körperlich verletzt zu werden. Das legitimiert zum vorseilenden Zorn gegen die Schuldigen. So soll ein politisch potentes Gefühl produziert werden.

DP: Gegen Corona protestieren Rechte wie Linke, zum Teil sogar gemeinsam. Wie kommt es zu dieser „Querfront“?

Jensen: Es sind Menschen aller politischen Lager gleichermaßen durch die radikale Corona-Politik betroffen. Da artikuliert sich ein breites Spektrum an Unmut, und es kamen Gruppen zusammen, die vorher vielleicht nicht nebeneinander standen. Gleichwohl gibt es auch schon länger Aktivisten, vornehmlich mit rechtsextremen Überzeugungen, die versuchen, eine Querfront mit manchen Linken herbeizusehen. Ich habe aber den Eindruck, dass sich bei den Protesten jetzt vornehmlich die Rechten durchgesetzt haben und der Anteil von Linken abnimmt.

DP: Wie sollte sich die Polizei bei den Versammlungen verhalten?

Jensen: So lange die Polizei auch noch für das Einhalten von Hygienevorschriften verantwortlich ist, ist das natürlich zusätzlich erschwerend. Ansonsten gilt das übliche Vorgehen bei Demonstrationen. Ich würde

mir wünschen, die Situation, die ja für viele Menschen wirklich schwierig ist, nicht durch überhartes Eingreifen zu verschärfen. Wenn jedoch, wie in einigen Fällen des Antisemitismus, strafrechtlich relevantes Material gezeigt wird, ist es natürlich notwendig einzugreifen.

DP: Und wieso sind die „politischen Emotionen in der Krise“, wie Sie im Schlusskapitel Ihres Buches behaupten?

Jensen: Damit will ich den Eindruck beschreiben, dass das Erregungslevel der Gesellschaft krisenhaft zu steigen scheint. Das hat auch mit Veränderungen durch das Internet und die sozialen Medien zu tun. Seither kann ich ja jederzeit meine Erregung mit Gleichfühlenden am anderen Ende der Republik teilen. Damit stehen uns plötzlich mediale Techniken zur Verfügung, um uns immer stärker und gleichzeitig mit anderen zu emotionalisieren. Unsere Gesellschaften wissen noch nicht wirklich, wie sie mit diesen emotionalen Aufwallungen umgehen sollen.

DP: Danke für das Gespräch.

ANZEIGEN

KAPITALMARKT

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
 Vorteile: Vortezilszins für den öffent. Dienst, Umschuldung: Raten bis 50% senken, Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
 Wer vergleicht, kommt zu uns. Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig
2,50% echter Vortezilszins

 effektiver Jahreszins
SUPERCHANCE Teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.
 Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.
 Exklusivzins sehr gut
AK FINANZ
 Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Tel: (06241) 173180-0
 info@ak-finanz.de
 www.AK-Finanz.de

Finanzierung Hausbesitzer
 Kreditzusammenfassung bis 50 % Raten senken, Kreditkündigung, Zwangsversteigerung, neg. Schufa
www.ihr-bankpartner.de
 Tel.: 03681-351703

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen. Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de · Nulltarif-0800-33 10 332
 Klaus Wendholt · Unabhängige Kapitalvermittlung · Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken



JETZT INFORMIEREN!
 Viele Informationen und Tipps auf dem Präventionsportal der Gewerkschaft der Polizei

POLIZEI DEIN PARTNER
 Gewerkschaft der Polizei
 Das Präventionsportal

www.Polizeifeste.de
Alle Polizeifeste auf einen Blick

70
J A H R E
1950-2020



Gewerkschaft der Polizei

Bis hierher und noch weiter



Foto: GdP Bundespolizei

Jörg Radek

GdP-Bezirksvorsitzender
Bundespolizei

Mit den Fanfarenstößen des Stücks „Fanfare for the Common Man“ von Emerson, Lake & Palmer begann der Gründungsdelegiertentag des Bezirks Bundesgrenzschutz (BGS) in der Gewerkschaft der Polizei (GdP) am 2. Mai 1994 in Koblenz. Was mit einem Beschluss auf dem 18. Ordentlichen Bundeskongress 1986 in Mannheim begann, wurde nun vollzogen: die selbstständige Vertretung der BGS-Beschäftigten in der GdP. Heute sind wir als jüngster GdP-Organisationsteil zugleich der zweitstärkste und organisieren fast 27.000 Mitglieder aus Bundespolizei, Zoll und Güterverkehrspolizei.

Doch die GdP prägte den BGS schon, bevor sie überhaupt ein Mitglied organisiert hatte. Bereits in den 1970er-Jahren und damit lange vor Gründung des Bezirks BGS brachte die GdP die Initiative für ein Musterpolizeigesetz für Bund und Länder ein, dem das entstandene Bundesgrenzschutzgesetz sehr nahe kam. Ein Prozess, von dem wir heute sehr weit entfernt sind.

Ebenfalls in den 70ern setzte die GdP eine Personalstrukturreform für den BGS durch. Das bedeutete die Abschaffung des einfachen Dienstes A 1 bis A 4 und legte den Grundstein für die weiteren attraktiven Besoldungsstrukturen der heutigen Bundespolizei.

Seit jeher ist die GdP den Menschen zugewandt. Und mit dieser gelebten Solidarität und einem starken Netzwerk ist sie Teil der Erfolgsgeschichte der Gewerkschaftsbewegung in der Polizei geworden. Eine zivile, bürgernahe Polizei des Bundes sollte geschaffen werden. Zum 70. Geburtstag unserer GdP stelle ich fest, es ist uns gelungen.

In unserem alltäglichen Umgang mit den Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern erleben wir Leidenschaft, Ideenreichtum und Einsatzwillen. Eigenschaften, die uns für die Zukunft zuversichtlich stimmen. Doch es bedarf mehr. Die erlebte Solidarität der Vergangenheit ist kein Aggregatzustand. Sie muss jeden Tag erneut hergestellt werden.

Dies ist auch die einfache Lehre aus der derzeitigen Pandemie-Lage. Nur hier wird Solidarität übersetzt mit Mund-Nasenschutz und Abstandsgebot. Die Seuche hat uns außerdem gelehrt, vermeintliche Selbstverständlichkeiten wieder mehr wertzuschätzen. Beispielsweise ist es ein Privileg, die Koalitionsfreiheit erleben zu können. Im Öffentlichen Dienst und besonderes in der Polizei gilt: Wir sind keine „Mägde und Knechte der Obrigkeiten und Herren“. Ausdruck gelebter Demokratie in der Polizei ist der Zugang zu einer Gewerkschaft. Und die Gewerkschaft wurzelt durch die Personalratsarbeit im Alltag der Menschen.

Mitsprache und Mitbestimmung sind die Grundpfeiler einer lebendigen, demokratischen Gesellschaft. Das gilt auch für die GdP. Unsere Gewinnerorientierung basiert nicht auf dem Abschluss eines kaufmännischen Vertrages. Unseren Gewinn stellt der Rückhalt durch Mitgliederstärke dar und ein Gesprächspartner auf Augenhöhe innerhalb der Polizei, aber auch für Politik und Gesellschaft zu sein.

Unsere Gewerkschaft ist ein Werkzeug zur Herstellung der sozialen Gerechtigkeit, zum Schutz der Beschäftigten und zur Verbesserung ihrer Arbeitswelt. Und das ist ein Dauerauftrag.

Unsere Ziele – trotz aller Widerstände – nicht aus den Augen zu verlieren, mit dieser Tugend habt Ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Gewerkschaft aufgebaut und gestärkt. Und jede starke Gemeinschaft ist nur so stark, wie das Engagement derer, die sie tragen. Denn wie heißt es so treffend in dem Lied „Solidität für immer“: Einzeln kann man nicht erreichen, was nur Einigkeit erschafft. ■

Demokratie und Bürgerpolizei



Foto: GdP Hessen

Andreas Grün

GdP-Landesvorsitzender
Hessen

Zwischen 1933 und 1945 war die Polizei in Deutschland eine zentralstaatliche, militärische sowie durch und durch bürgerfeindliche Polizei, die keinerlei Vertrauen in der Bevölkerung hatte. Die konsequente Militarisierung der Polizei wurde am 3. Juli 1935 durch die Eingliederung und Überführung der kasernierten Landespolizeieinheiten in die Wehrmacht offiziell vollzogen. Bereits 1936 wurden Schutzpolizei, Gendarmerie, Sicherheitspolizei, Kriminalpolizei und die Politische Polizei unter Führung von Heinrich Himmler unter einem Dach verschmolzen. Die Polizei war gekennzeichnet durch eine unmenschliche Weltanschauung und wurde zum verlängerten Arm der Verbrechen des nationalsozialistischen Unrechtsregimes. Angst, Schrecken, Willkür und Machtmissbrauch waren die Wahrnehmungen der Bürger zur Polizei.

Die alliierte Übergangszeit bis 1949 stand ganz im Zeichen der Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung der Polizei. Ein weiterer zentraler Punkt war die Dezentralisierung und damit die föderale Aufstellung der Polizei in Deutschland als wichtige Erkenntnis des zentralstaatlichen Machtmissbrauchs.

Dann nahte die Stunde der GdP. Am 14. September 1950 begann die deutsche Polizei sich gewerkschaftlich zu organisieren. Fortan gestaltete sie die Entwicklungen im Bereich der Polizei aktiv mit.

Unsere Aufgaben und Ziele definieren wir noch heute in unserer Satzung wie folgt: Die GdP bekennt sich zur freiheitlichen, demokratischen Grundordnung der Bundesrepu-

Auf sieben Jahrzehnte blickt die 1950 in Hamburg gegründete Gewerkschaft der Polizei am 14. September zurück. Aus dem Zusammenschluss der Polizeibeamtenverbände der britischen Zone und West-Berlins ging die heute größte Berufsvertretung für Beschäftigte der Polizei in Deutschland hervor. Seit der März-DP erinnern sich GdP-Vorsitzende der Länder und Bezirke an Episoden des gewerkschaftlichen Lebens.

blick Deutschland. Sie lässt sich in ihren Zielsetzungen und ihrer Arbeit leiten von den demokratischen Prinzipien und von den Grundrechten, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgelegt sind (...)

In über 42 Jahren Polizeidienst habe ich meine GdP immer als starke Kraft und drehfremdigen Motor zukunftsfähiger Innovationen erlebt. Die Durchsetzung der zweigeteilten Laufbahn, die Verbesserung der Ausrüstung oder die notwendigen Novellierungen von Gesetzen, insbesondere auch die unermüdlichen Bemühungen um die Einführung eines eigenen Schutzparagrafen für die Polizei. Immer war es unsere Gewerkschaft der Polizei, die sich – allen voran – für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen unserer Kolleginnen und Kollegen eingesetzt hat.

Aber auch im gesellschaftlichen Kontext hat die GdP einen ganz erheblichen Beitrag geleistet, um den Weg zu einer anerkannten, mit einem hohen Maß an Vertrauen ausgestatteten, zivilen, demokratischen Bürgerpolizei zu ebneten.

Polizeibeamtin oder Polizeibeamter in einem demokratischen Rechtsstaat zu sein, und dabei in der Mitte der Gesellschaft zu stehen, ist ein hohes Gut und gehört nachhaltig gestärkt und bewahrt. Auch die Zusammenarbeit mit den Schwestergewerkschaften im DGB, aus der Industrie, dem Handwerk und des Dienstleistungsgewerbes, haben uns geholfen, als Polizei anerkannter Teil der Zivilgesellschaft zu sein.

Ich bin stolz darauf, dass meine GdP diesen Weg seit ihrer Gründung so konsequent verfolgt. Dass sie nicht müde wird, der Politik klar zu machen, wo wichtige Veränderungen bei der Polizei notwendig sind, und welche alten Zöpfe abgeschnitten gehören.

Genauso stolz bin ich auch auf die klare Abgrenzung und Haltung unserer GdP gegenüber Populismus und Extremismus. Unsere klaren Positionen gegenüber Parteien, die die Menschenwürde missachten, fremdenfeindliche Positionen vertreten und antidemokratische Interessen verfolgen, sind seit 70 Jahren wesentlicher Teil unseres gewerkschaftlichen Grundverständnisses. ■

Großes Engagement und Vertrauen



Uwe Bachmann

GdP-Landesvorsitzender
Sachsen-Anhalt

Während wir 70 Jahre Gewerkschaft der Polizei (GdP) im Bund feiern, schauen wir in Sachsen-Anhalt auf 30 Jahre GdP zurück. Die Physikerin Marie Curie sagte einst: „Man merkt nie, was schon getan wurde, man sieht immer nur, was noch zu tun bleibt“. Sieben Jahrzehnte gewerkschaftliche Arbeit haben viele, viele engagierte, ehrenamtlich tätige Kolleginnen und Kollegen bestritten, denen das Wohl der GdP-Mitglieder am Herzen liegt. Es sind jedoch auch 70 Jahre Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, um Transparenz, um gerechte Bezahlung, um Gleichberechtigung – und, nicht zu vergessen, die immer wieder geforderte Wertschätzung für die Arbeit unserer Polizei: Ein Beruf mit sehr hoher Verantwortung und vielen Entbehrungen.

In Sachsen-Anhalt, wie in den anderen östlichen Bundesländern, entschloss sich der Großteil folgerichtig, in der GdP einen Partner zu finden, der die Interessen aller Bediensteten in der Polizei, sowohl im Tarif als auch im Polizeivollzug umfangreich vertritt. Es war die richtige Entscheidung.

Heute zählen wir 4.900 Mitglieder und machen deutlich, dass wir im eigenen Land, als auch bundesweit, die stärkste und größte Interessenvertretung der Polizei sind. Wie Umfragen beweisen – regelmäßig werden rund 80 Prozent erreicht – hat die Bevölkerung großes Vertrauen in die Polizei. Und die deutliche Mehrheit der Polizeibeschäftigten vertrauen ihrer GdP. 30 Jahre beständige Arbeit im Landesbezirk: vor allem dank

der Unermüdlichkeit der vielen engagierten Helferinnen und Helfer in der GdP.

Turbulenten Anfängen in den 1990er-Jahren folgten Phasen voller Herausforderungen. Unterstützung in der Anfangszeit erfuhren unsere Gewerkschafter durch das angrenzende Niedersachsen. Ein völlig neues Rechtssystem und Wertvorstellungen forderten die GdP heraus, die gerade in dieser Zeit eine wichtige Schutzfunktion, jedoch auch eine Gestaltungsfunktion ausfüllte.

Diese Zeit rang uns vieles ab. Ein langwieriges, sehr emotional begleitetes Dauerthema war die Angleichung der Ost/Westbeholdung sowie die inhalts- und zeitgleiche Übernahme von Tarifergebnissen. Gern erinnere ich mich an Zeiten, als es uns Ende der 1990er-Jahre gelungen war, mehr als 3.500 Beschäftigte auf dem Magdeburger Domplatz zu versammeln und diesen Forderungen imposanten Ausdruck zu geben. Wir erinnern uns, wie die GdP-Vorsitzenden Karsten Schmidt und Uwe Petermann es schafften, unsere Kolleginnen und Kollegen für unseren Kampf gegen Ungerechtigkeit auf die Straße zu bringen.

Vor uns türmten sich über die Jahre teils massive Probleme, die oft nicht leicht zu bewältigen waren. Dramatischen Einschnitten in die Personalstruktur, durchaus geprägt von Strukturreformen der Polizei, folgte ein jahrelanger, massiver Personalabbau. Die Folgen sind noch heute zu spüren. Erst seit drei Jahren sind wieder erhöhte Zahlen an Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten zu verzeichnen. Die GdP fordert hier stringent, die Vollzugsstärke im Land auf 7.000 zu erhöhen.

Klar ist: Unsere erfolgreiche gewerkschaftliche Arbeit ist nur dadurch möglich, weil wir auf unsere Unterstützer und Vertrauensleute in den Kreis- und Bezirksgruppen sowie im Jugend-, Frauen und Seniorbereich zählen können. Gerade ihnen, die uns an der Basis unmittelbar vor Ort unterstützen, gilt ein besonderer Dank. Es ist mein Herzenswunsch, dies gerade in Hinblick auf 70 Jahre GdP Bund und 30 Jahre GdP Land zum Ausdruck zu bringen.

Und auch künftig wird die GdP die Interessen ihrer Kolleginnen und Kollegen engagiert vertreten. Dafür stehen wir. ■

Hingeschaut

PERSONELLE VERSTÄRKUNG DER BAYERISCHEN POLIZEI

Gerechtes Stellenkonzept

DP-Autor Peter Schall führt den bayerischen Landesbezirk der Gewerkschaft der Polizei an. Auch bei unseren Südkolleginnen und -kollegen stand über viele Jahre der Personalmangel im Fokus gewerkschaftlicher Arbeitsaktivität. Nun scheint es voran zu gehen.



Peter Schall

GdP-Landesvorsitzender Bayern

Seit mehreren Jahren hat die bayerische GdP in politischen Gesprächen die unabdingbar notwendige personelle Verstärkung der Polizei gefordert. Sehr erfreut waren wir dann, als die Bayerische Staatsregierung erklärte, ab 2017 beginnend bis 2023 in jedem Haushaltsjahr 500 zusätzliche Kolleginnen und Kollegen einzustellen. Bleibt es dabei, dann wird Bayerns Polizei um 3.500 Köpfe personell verstärkt sein.

Seitens der GdP gab es die Forderung einer Sollstärken-Neuberechnung: Denn sowohl die Bevölkerungsentwicklung als auch die Arbeitsbelastung hatte sich seit den 1990er-Jahren doch sehr verändert. Beim Doppelhaushalt 2009/2010 wurden vom Landtag bereits 1.000 Stellen zusätzlich bewilligt, zudem gab es mit politischen Vorgaben zum Beispiel für Cyber- und Wirtschaftskriminalität sowie notwendigen Einstellungen im IT-Bereich zusätzliches Perso-

nal. Um eine möglichst gerechte Verteilung sowie ein zukunftsfähiges Konzept für das Polizeipersonal zu entwickeln, tagte eine bayernweite Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Verbände. Letztlich wählte man den 1. Januar 2010 als „Stunde null“ für das Verstärkungsprogramm. Alle seither geschaffenen Stellen sowie das aktuelle Programm schaffen einen Zuwachs von insgesamt 5.725 Stellen für Bayerns Polizei.

Hauptkriterium für die Verteilung ist der Faktor Arbeitsbelastung mit 80 Prozent, der sich aus den belastbaren Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) sowie der Verkehrsunfallstatistik ergibt. Da gerade in den Großstädten eine Arbeitsbelastung durch diverse Großveranstaltungen wie Versammlungen, Aufzüge, Fußball, oder Konzerte besteht, die bei störungsfreiem Verlauf keine Zahlen produziert, wurde der Faktor Bevölkerung mit zehn Prozent berücksichtigt.

Und damit Landdienststellen nicht völlig leer ausgehen, gab es noch den Faktor Fläche mit ebenfalls zehn Prozent.

Aufgrund der Berechnungen der angeführten Faktoren erfolgte eine Stellenneuverteilung mit folgenden Ergebnissen:

Stand der Sollstellen beim Abschluss der Polizeireform zum 31. Dezember 2009: 32.061 Stellen, Stellenzuwachs bis 31. Dezember 2023 insgesamt 5.725 Stellen.

Konzept „Die Bayerische Polizei 2025“

2025 hätte die Bayerische Polizei unter Berücksichtigung der Ausbildungszeit 37.786 Stellen, wovon die Spezialverbände, Bereitschaftspolizei, Landeskriminal- und Polizeiverwaltungsamt mit 6.876 Stellen zu berücksichtigen sind. Für die 10 Landespolizeipräsidien sind insgesamt 30.910 Stellen neu zuzuweisen.

Die Arbeitsbelastung mit 80 Prozent insgesamt ergibt 24.153 Stellen, die Faktoren Bevölkerung und Fläche mit je zehn Prozent schlagen mit jeweils 3.019 Stellen ins Kontor. Das Ministerium hat im Übrigen ausdrücklich darauf verzichtet, die Sollstellenverteilung bis auf jede Dienststelle durchzurechnen, sondern weist die Stellen dem jeweiligen Präsidium zur Verwaltung in eigener Zuständigkeit zu. Künftig wird dies zu einer flexibleren Personalverwendung führen.

Natürlich ist nicht jeder Verband zufrieden, aber aus Landessicht ist „Die Bayerische Polizei 2025“ durchaus ein gerechtes Stellenkonzept geworden. Nun hoffen wir, dass trotz der finanziellen Corona-Folgen die zusätzlichen 500 Neueinstellungen in den Haushaltsjahren 2021 bis 2023 auch Realität werden. ■



Forum

ZU:

Bessere Regeln, höhere Sanktionen, DP 6/20

So langsam geht es einem auf den Geist, immer nur von den bösen Autofahrern zu hören oder zu lesen. Es ist richtig, dass sich viele der Autofahrer nicht an die Straßenverkehrsordnung halten und die Sanktionen erhöht werden. Aber was ist mit den Radfahrern? Für diese gilt ja die Straßenverkehrsordnung wohl nicht, denn es gibt wenige Radfahrer, die bei Rot an einer Ampel halten. Wenn dann bei Rot die Kreuzung überfahren wird, sind sie meiner Meinung nach selbst an einem Unfall Schuld – und nicht andere Verkehrsteilnehmer.

Kein sportlicher Radfahrer hält in einer Tempo-30-Zone, wenn er mit 40 Kilometer pro Stunde (km/h) an einem vorbeifährt, einen Mindestabstand von 1,50 Meter.

Neue Radwege werden nicht genutzt, sondern die meisten fahren weiterhin auf der Fahrbahn oder radeln auf dem Gehweg und klingeln dort die Fußgänger einfach beiseite.

Wenn man diese Radfahrer anspricht, wird einem entweder der Mittelfinger gezeigt, oder man wird auf das übelste beschimpft. Die Ausdrücke möchte ich hier nicht wiedergeben. Und leider sind es Radfahrer aller Altersgruppen. Ein Kraftfahrzeug muss mindestens einen Rückspiegel haben, ein Rad in der heutigen Zeit nicht mehr. Und der Autofahrer muss es, wie man so schön sagt, im Urin haben, ob ein Radfahrer ausschert oder abbiegt.

Viele Radfahrer haben an Unfällen selbst eine Mitschuld, da sie meinen, sie dürften alles. Also wenn man bessere Regeln einführen will, so bitte auch für alle Verkehrsteilnehmer.

Brigitte Hamperl, Berlin

ZU:

GdP-Präsenz in der medialen Corona-Krise und 58. Deutscher Verkehrsgerichtstag, DP 5/20

Mal lese ich die Artikel nickend, gelegentlich nicht ganz so zustimmend; seltenst fühle ich mich zu einem Kommentar berufen. Wenn ich aber in der Mai-Ausgabe auf Seite 4, dritte Spalte unten lese, dass das höfliche Miteinander zur Verständigung führt, muss ich mal die Realität schildern. Ich besuche regelmässig privat den am Rhein ge-

legenen Fuß- und Radweg zwischen Walluf und Rüdesheim, der in den letzten Wochen aus aktuellem Anlass länger für Radfahrer gesperrt war.

Auf die etwa ein Dutzend Mal vorgetragenen Worte „der Weg ist für Radfahrer gesperrt, und wenn sie ihn nun trotzdem nutzen wollen, fahren sie doch bitte langsam an Fußgängern vorbei“ gab es genau eine vernünftige Reaktion „wir kennen die Umfahrung nicht“, eine Beschimpfung, einen Versuch der groben, körperlichen Einschüchterung, der Rest war Ignoranz. Nur, weil es schlichtweg zu wenig Polizist(inn)en und Ordnungskräfte gibt, um die fehlende Bereitschaft, unbequeme oder ungeliebte Regeln einzuhalten, zu kontrollieren oder um auf den Einsatz der „Ellenbogen“ zu verzichten, nutzen zweifelhaft oder lebensfremde Vorschläge wenig.

Das Gleiche gilt für die empfohlene Geschwindigkeitsbeschränkung auf Seite 30, Mitte dritte Spalte. Jeder, der regelmässig stark genutzte Straßen und Knotenpunkte passiert – in meinem Falle unter anderem das Offenbacher Kreuz – stellt fest, dass viele Verkehrsteilnehmer die vorhandenen Regeln und Geschwindigkeitsbegrenzungen achten. Man erkennt sie relativ leicht daran, dass sie praktisch stehen, während die „Lieber-vorne-Ansteller“ restlos alle Regeln ignorieren. Im letzten Moment kreuzen sie drei und mehr Spuren von links nach rechts, behindern die Verkehrsteilnehmer auf den zu passierenden Spuren, gefährden andere und tragen erheblich zum Unfallaufkommen bei. Glaubt denn wirklich einer, dass da eine weitere zu brechende Regel (generelle Geschwindigkeitsbeschränkung) eine Rolle spielt?

Wenn ich lese, dass eine Reduzierung um einen Kilometer pro Stunde rund 2.100 Leben retten würde, dann schüttelt es mich. Derlei Statistik erinnert mich an die vollkommen korrekte statistische Aussage: „Jeder Sechste ist Chinese“; Ihr könnt das ja mal bei Euch in der Straße oder auf dem Revier auszählen. Denen, die in mir nun einen ganz Eiligen vermuten, sei gesagt, dass ich sehr gerne die erste Spur nutze.

Im Moment verdirbt jeden dritten Tag ein fauler „Apfel“ einen bislang guten; die Zukunft kann man sich leicht vorstellen. Der Politik kann man nur sagen, jeder Tag gewartet vergrößert den Schaden und die „Reparaturkosten“. Ich musste es mal so deutlich sagen.

Oliver Jochum, Schlangenbad

Kontakt zur Redaktion

GdP-Bundesvorstand
Redaktion DP – DEUTSCHE POLIZEI
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon 030 399921-113
gdp-pressestelle@gdp.de

ZU:

Fake News und Corona, DP 6/20

Ich habe keine Ahnung, woher Dr. Goertz seine Informationen bekommt, und es ist mir auch ziemlich egal. Gewiss ist es richtig, dass nicht alles, was es im Internet zu lesen und sehen gibt, richtig ist. Auch hat er beschrieben, dass eine Datenrecherche von NDR, WDR und „Süddeutsche Zeitung“ falsche Informationen aus Videos festgestellt hat. Bisher dachte ich, wir leben in einem Land mit einer im Art. 5 Grundgesetz (GG) festgeschriebene Meinungsfreiheit. Sperrung von Accounts, die Fake News verbreiten? Wer entscheidet über Fake News, der NDR (beispielhaft)? Ich war auf einer dieser Demos, 1.200 bis 1.500 friedliche Bürger, die für die Grundrechte spazieren gingen. Etwa 100 ganz in Schwarz gekleidete Vermummte mit Mundschutz, Kapuze und Sonnenbrille, die jeden und alle als Nazis betitelten, schubsten und rempelten, um jeden Preis Krawall machen wollten und friedlich wegdiskutiert wurden. Was sagt NDR 90,3 dazu? Etwa 500 Nazis, Aluhutträger und Verschwörungstheoretiker versammelten sich, und es kam zu Rangeleien mit der Polizei. (Kurzform) Ich bin mir jetzt nicht sicher, ob ich auf einer anderen Kundgebung war als der NDR.- Aber wenn ich richtige Informationen möchte, bin ich mir sicher: Beim NDR bekomme ich die nicht. Und wenn ich nicht der Einzige bin, der offensichtlich, den Medien nach, unter völligem Realitätsverlust leide, und andere das ebenso empfinden, dann können die öffentlich rechtlichen Anstalten in Kürze ihre Häuser dicht machen. Im Übrigen teilte das „Hamburger Abendblatt“ meine Beobachtung der Ansammlung. Mir persönlich scheint es im Moment keine objektive Berichterstattung durch ARD, ZDF, den 3. Programmen, RTL, SAT1 und so weiter zu geben. Für mich fühlt es sich an wie Propaganda. Und wohin Propaganda führt, kennen wir aus alten Zeiten. Oder vielleicht sollte man sagen: Wir brauchen einen Corona-Untersuchungsausschuss.

H.-G. Schloeßer, Hamburg

ZU:

Leserbrief des Kollegen Klein, DP 6/20

Ich kann Kollegen Klein aus Meckenheim gut verstehen. Wenn ich die Zeitschrift mit dem neuen Layout (fette DP-Buchstaben) er-

Forum

halte, denke ich als erstes „Ah, die Deutsche Post“. ... Übrigens auch der erste Vorschlag von Google, wenn man dort DP eingibt.

Natürlich müssen sich Dinge ändern, und es liegt in der Natur des Menschen, Veränderungen kritisch gegenüber zu stehen.

Ich persönlich trauere heute noch dem alten Marken-Logo von Langnese nach oder wünschte Twix würde noch Raider heißen.

Genauso, wie es Menschen gibt, die das neue Logo bestimmt total klasse finden, gibt es natürlich auch viele, denen diese Form der Veränderung gar nicht gefällt.

Aber ich denke mit jeder Zeitschrift der „Deutschen Post“, äh „Polizei“ ;-), werde ich mich an dieses Layout gewöhnen.

Michaela Schindler, Köln

Jahre in unterschiedlichen Führungspositionen der Polizei tätig und muss hier außerordentlich deutlich widersprechen.

Ja es gibt auch in der Polizei Fehlverhalten unterschiedlicher Art. Wo gibt es das nicht? Nach meiner Erfahrung wird aber bekanntes Fehlverhalten konsequent verfolgt. Ich selbst habe in verschiedenen Fällen dies so gehandhabt. Rassismus war hier eher die Ausnahme. Alles Fehlverhalten staatlicher Organisationen muss immer aufgeklärt und die möglichen Ursachen beseitigt werden. Ein intensiver kollegialer Blick nach innen ist überall notwendig.

Wir alle sind aufgefordert, jeder Art von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in unserer Gesellschaft aktiv zu begegnen. Die Polizei leichtfertig zu stigmatisieren kann nicht hingenommen werden.

Klaus Steffenhagen, Lünen

ZU:

Rassismus in der deutschen Polizei

Der Polizei in Deutschland vor dem unverantwortlichen Rassismus in den USA „latenten Rassismus“ vorzuwerfen, ist unverantwortlich und unverzeihlich. Ich war 50

Anmerkung der Redaktion:

Klaus Steffenhagen war langjähriger Polizeipräsident in Köln a.D. und von 1986 bis 1997 stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender.

NACHRUF

Mitgründer und einziger Vorsitzender der Gewerkschaft der Volkspolizei verstorben



Foto: GdP

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) gedenkt **Guido Grützemann**, dem Mitgründer sowie einzigen Vorsitzenden der Gewerkschaft der Volkspolizei (GdVP). Kollege Grützemann ist bereits Mitte März im Alter von nur 55 Jahren verstorben. Unser tiefes Mitgefühl, so der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek, gelte der Familie und den Angehörigen des ehemaligen Berliner Schutzpolizisten und Gewerkschafters.

Die GdVP organisierte seit Anfang 1990 rund 83.000 Mitglieder aus der Volkspolizei, der Feuerwehr, des Strafvollzuges und des Innenministeriums der DDR un-

ter dem Dach des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB). Auf dem 1. Ordentlichen Delegiertentag der GdVP am 31. März 1990 sprachen die Delegierten Grützemann ihr Vertrauen für das Amt des Vorsitzenden aus.

Ein außerordentlicher Gewerkschaftskongress beschloss später vor dem Hintergrund des unterzeichneten Einigungsvertrages, der Wiedervereinigung und der damit einhergehenden föderalen Strukturen der Polizei sowie der Auflösung des FDGB, die GdVP zum 30. September 1990 aufzulösen. Der überwiegende Teil der Mitglieder der GdVP trat nach der Einheit der GdP bei.

DP

DEUTSCHE POLIZEI



**Nr. 7 | 69. Jahrgang 2020
Magazin und Organ der
Gewerkschaft der Polizei**

Erscheinungsweise und Bezugspreis

Monatlich 2,90 € zzgl. Zustellgebühr
Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Herausgeber

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon 030 399921-0
Telefax 030 399921-200

Redaktion

Michael Zielasko (mzo), Verantwortlicher Redakteur
Wolfgang Schönwald (wsd), Ständiger Vertreter
Danica Bensmail (dab), Redakteurin

Redaktionsassistentz

Johanna Treuber
gdp-pressestelle@gdp.de
Telefon 030 399921-113
Telefax 030 399921-29113

Gestaltung und Layout

Andreas Schulz, karadesign

Titelbild

Mango – stock.adobe.com

Die unter Verfassernamen veröffentlichten Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DP – Deutsche Polizei veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-App und sozialen Medien verbreitet.

Verlag

Deutsche Polizeiliteratur GmbH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststr. 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183
Telefax 0211 7104-174
av@vdp-polizei.de

Geschäftsführer

Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleitung

Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenliste Nr. 43 vom 1. März 2020.

Bitte wenden Sie sich bei Adressänderungen nicht an den Verlag, sondern an die Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- bzw. Bezirkeits in der Mitte des Heftes.

Druckauflage

188.812 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung

L.N. Schaffrath Medien GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon 02831 396-0
Telefax 02831 396-89887
av@vdp-polizei.de

BASISLEHRBUCH KRIMINALTECHNIK

Methoden und Verfahren der Spurensicherung und Untersuchung

Von **Christoph Frings** und **Frank Rabe**.



1. Auflage 2020

Umfang: 320 Seiten

Format: 21 cm x 14,8 cm, Broschur

Preis: 29,00 € [D]

ISBN 978-3-8011-0866-3

Das vorliegende Buch bietet einen breit gefächerten Überblick über den aktuellen Stand der Kriminaltechnik und stellt dabei besonders neue Ermittlungs- und Beweisansätze in den Mittelpunkt. Als Wegweiser dient dabei ein exemplarischer Leitsachverhalt, der sich auf die Fragestellungen der kriminalistischen Fallanalyse sowie ausgewählte Ermittlungsmaßnahmen stützt. Die zentralen Fachbegriffe werden durch Beispiele und Bildmaterial anschaulich erläutert.

Dieses Handbuch ist damit ein wertvolles Nachschlagewerk sowohl für Beamtinnen und Beamte der kriminalpolizeilichen Ermittlungspraxis sowie des Wach- und Wechseldienstes als auch für Studierende der Polizeifachhochschulen des Bundes und der Länder, denen es zur Vorbereitung auf Prüfungen und Klausuren dient.



DIE HERAUSGEBER

Christoph Frings, Kriminaldirektor Dozent für Kriminalistik und Kriminaltechnik an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, Abteilung Duisburg.

Frank Rabe, Erster Kriminalhauptkommissar, Leiter des Kriminalkommissariats für Erkennungsdienst, KTU, digitale Bildtechnik und Kriminalaktenhaltung am Polizeipräsidium Duisburg.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

FARBWECHSEL FÜR JEDE STIMMUNG

ANSMANN LED DEKO KUGELLICHTER „L“ 2ER SET

Beleuchtung in jeden Raum, als Dekoration für den Außenbereich, z.B. auf der Terrasse oder als Orientierungslicht am Boden, im Kinderzimmer, auf der Treppe, im Flur oder als Nachtlicht auf dem Nachttisch. Dank dem integrierten Magnet auf der Unterseite sind die LED Kugellampen auch an magnetischen Flächen anbringbar.

Das Ein- und Ausschalten erfolgt direkt über den Schalter auf der Unterseite der Lampe oder über die mitgelieferte Fernbedienung. Die Lichter können hiermit dauerhaft, oder über den Timer an der Fernbedienung wahlweise 4 Stunden oder 8 Stunden zum Leuchten gebracht werden. Die passende Farbe zur aktuellen Stimmung lässt sich einfach auswählen. Zusätzlich stehen verschiedenste Farbfunktionen zur Verfügung. Beim automatischen Farbwechsel, wählbar zwischen hartem und weichem Übergang, werden die Farben mit kontinuierlichem Übergang gemischt, sodass sich unzählig viele Nuancen ergeben.

Inkl. 3x Micro AAA-Batterien und Fernbedienung.
11,5 x 11,5 x 11 cm. Geringer Energieverbrauch durch LED.
3 Jahre Garantie.

250006

☀️ **16,95 € 21,95 €**



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

Letzter Bestelltermin: 30.06.2020

Bestellungen unter 100,- € zzgl. 4,95 € Versandkosten!

Weitere Polizeiartikel und nützliche
Produkte finden Sie unter:

www.osg-werbemittel.de